



Heft Nr. 1 | März 2025 – Mai 2025

EineWelt

Magazin aus Mission und Ökumene

Schwerpunkt

Flucht & Migration

Suche nach Zukunft

Ab Seite 20:



Mission
EineWelt

NEWS

Außerdem im Heft

Ein Problem löst sich in Rauch auf

Ein uraltes Rezept verspricht indonesischen Bäuer*innen ganz praktische Hilfe beim Bewirtschaften ihrer Böden und im Kampf gegen den Klimawandel.

Zu wenig, zu spät

Auf der COP29 wurden die Forderungen der pazifischen Inselstaaten nach Klimaschutz und Gerechtigkeit erneut überhört – ein Verrat an den Schwachen und ein Versagen der Starken.



INHALT



Schwerpunkt: Flucht und Migration

4 Ein sicherer Weg nach Europa

Die christliche Gemeinschaft Sant'Egidio in Italien hat in Kooperation mit weiteren kirchlichen und anderen Akteur*innen ein besonderes Projekt ins Leben gerufen: Humanitäre Korridore für Flüchtende.

8 Integration statt Abschottung

Während Europa sich gegen Geflüchtete abschottet, zeigen zwei Länder in Ostafrika, wie eine Politik der Offenheit und Integration funktionieren und zum Erfolgsmodell werden kann.

12 Mehr als Mist

Flüchten oder für ein Drogenkartell arbeiten, das sind in manchen Regionen in Mexiko häufig die beiden einzigen Möglichkeiten. Kann Hühnerhaltung ein Ausweg aus der Perspektivlosigkeit sein?

15 Unser Handeln entscheidet

Gedanken zum Thema von Gabriele Hoerschelmann, Direktorin von Mission EineWelt, dem Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

16 Menschen erzählen von Flucht

Drei Kurzfilme aus Malawi, Äthiopien und Südafrika eröffnen durch die Stimmen der Protagonist*innen unerwartete Einblicke in das komplexe Thema Flucht.

20 Hinter jedem Menschen steht eine Geschichte

Unsere Buch-Tipps handeln von der Suche nach einem Leben in Sicherheit und Frieden.

2 Panorama

22 Ein Problem löst sich in Rauch auf

Ein uraltes Rezept verspricht indonesischen Bäuer*innen ganz praktische Hilfe beim Bewirtschaften ihrer Böden.

26 Verrat an den Schwachen und Versagen der Starken

Auf der COP29 in Baku wurden die Forderungen der pazifischen Inselstaaten nach Klimaschutz und Gerechtigkeit erneut überhört.

30 Kanaky: Der lange Weg zur Freiheit

Ein Interview mit James Bhagwan über den Konflikt zwischen dem indigenen Volk der Kanak und den geopolitischen Interessen Frankreichs.

35 Kolumne

36 Ein umkämpftes Ideal

1948 legte die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte den Grundstein für universelle Werte wie das Asylrecht. Angestoßen durch die Schrecken des Krieges, bleibt ihr Vermächtnis bis heute ein Wegweiser und eine Herausforderung – auch für die Kirchen.

38 Buchbesprechungen

39 Ein Bild – eine Geschichte

40 Rezept

Rätsel/Vorschau

Impressum

Titelfoto: Stefano Belacchi/United4Rescue



ISSN 0949-216X
(früher „die Weltmission“) 105. Jahrgang
Zeitschrift der Evangelischen
Mission Weltweit e. V. (EMW)
Herausgeber: Rainer Kiefer
Chefredaktion: Corinna Waltz (v.i.S.d.P.)
Redaktion: Corinna Waltz (CW), Tanja
Stünckel (TS), Katrin Lüdeke (KL)
Redaktionsassistentin: Bianca Soltau
Layout: Bianca Soltau



Redaktionsadresse:
EineWelt, EMW, Normannenweg 17-21,
20537 Hamburg, Tel. 040 25456-153,
redaktion@mission-weltweit.de

EineWelt erscheint vier Mal jährlich.
Jahresbezugspreise:
Print- und Digital-Abo: Inland 18 Euro
Ausland: 22 Euro / Digital-Abo: 12,50 Euro
Einzelheft: 4,50 Euro



Verlag und Vertrieb:
Missionshilfe Verlag
Verlag der Deutschen Evangelischen
Missionshilfe, Normannenweg 17-21,
20537 Hamburg, Tel. 040 25456-143,
Fax 040 2542987
info@demh.de, www.demh.de

Bank: Ev. Darlehensgenossenschaft (EDG)
Kiel, IBAN: DE77 5206 0410 0006 4137 14



Anzeigen: Auf Anfrage beim Verlag.

Druck: MHD Druck und Service,
29320 Hermannsburg

EineWelt wird auf FSC-zertifiziertem
Papier gedruckt, die CO₂-Belastung durch
den Druck wird durch
Kompensationszahlungen an
klimaschonende Projekte ausgeglichen.

EDITORIAL



EMW

Corinna Waltz

Chefredakteurin »EineWelt«

LIEBE LESER*INNEN,

weltweit sind nach Angaben von UNHCR derzeit mehr als 122 Millionen Menschen auf der Flucht. Eines der Ziele ist Europa, der Weg dorthin meist lebensgefährlich. Das Projekt der Humanitären Korridore ist eine der wenigen Möglichkeiten für Geflüchtete, legal nach Europa einzuwandern. Wie das funktioniert, berichtet Cecilia Pani im Interview. Zudem schauen wir auf zwei ostafrikanische Länder, die, während Europa sich mehr und mehr abschottet, auf Offenheit und Integration setzen – und zeigen, dass eine andere Politik möglich ist.

Flucht ist oft nicht nur die letzte Option, sondern eine der wenigen Alternativen zum Überleben. Besonders in Mexiko stehen viele junge Menschen vor einer schwierigen Entscheidung: fliehen oder für ein Drogenkartell arbeiten. Sozial-pastorale Projekte vor Ort versuchen, dieser Spirale der Perspektivlosigkeit entgegenzuwirken – auch mit unkonventionellen Mitteln wie Hühnerhaltung.

Seit einem Jahrzehnt setzt sich das Ev.-luth. Missionswerk in Niedersachsen (ELM) mit Partnerkirchen in Äthiopien, Malawi und Südafrika für die Bekämpfung von Fluchtursachen ein. Drei Kurzfilme erzählen eindrucksvoll von dieser Arbeit und geben Menschen eine Stimme, die sonst oft überhört werden.

Flucht ist kein Phänomen unserer Zeit – es begleitet die Menschheit seit jeher. Doch wie wir als Gesellschaft darauf reagieren, ob mit Solidarität oder Abschottung, ist eine Entscheidung, die unsere Werte widerspiegelt. In dieser Ausgabe beleuchten wir verschiedene Perspektiven auf Flucht und Migration – Geschichten von Not, aber auch von Hoffnung und Menschlichkeit.

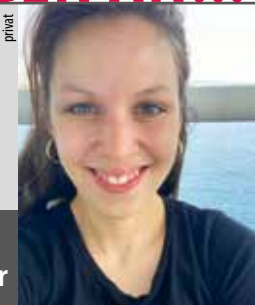
Es grüßt Sie Ihre

Corinna Waltz

1700 Jahre Nizäa

Im Jahr 2025 gedenkt die christliche Welt des ersten Ökumenischen Konzils von Nizäa, das vor 1700 Jahren im Jahr 325 stattfand. Diese historische Versammlung christlicher Führungspersonlichkeiten legte grundlegende Glaubenslehren fest und prägte das christliche Bekenntnis maßgeblich. Ihre Beschlüsse, insbesondere das Nizänische Glaubensbekenntnis, haben bis heute zentrale Bedeutung für die christliche Theologie über Konfessionsgrenzen hinweg.

3 FRAGEN AN...



Annika Schlingheider

engagiert sich bei United4Rescue und war selbst schon auf Seenotrettungsschiffen im Einsatz

Was ist United4Rescue und wie ist es entstanden?

United4Rescue ist ein gemeinnütziger Verein, der die zivile Seenotrettung im Mittelmeer unterstützt. Das heißt: Wir helfen dabei, Menschenleben zu retten. Wir haben mit der Hilfe von vielen Spender*innen schon vier Seenotrettungsschiffe in den Einsatz geschickt. Wir sind gleichzeitig auch ein Verein, der sagt: Wir sind ein Bündnis. Inzwischen haben sich schon fast 1000 Organisationen, Vereine, Unternehmen, Kirchengemeinden zusammengeschlossen, die öffentlich zeigen, dass sie sich alle hinter den Satz stellen: „Man lässt keine Menschen ertrinken. Punkt“. Den sagte die Pastorin Sandra Bils auf dem Kirchentag 2019 in ihrer Abschlusspredigt. Dieser Satz markiert auch den Beginn von United4Rescue.

Ist Menschen in Seenot zu retten wirklich Pflicht? Denn es gibt ja gleichzeitig Dekrete, die die Hilfe im Mittelmeer für zivile Rettungsschiffe sehr erschweren?

Ein ganz klares Ja. Nach internationalem Seerecht sind alle Schiffe überall auf See dazu verpflichtet, in Seenot geratene Menschen zu retten bzw. ihnen Hilfe zu leisten, wenn es nicht die eigene Crew oder das eigene Schiff in Gefahr bringt. Unter anderem Artikel 98 des internationalen Seerechtsübereinkommens sagt das ganz klar. Daher würde ich persönlich auch immer sagen: Menschen auf dem Mittelmeer zu retten, ist kein Akt der Barmherzigkeit, sondern die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung.

Warum engagieren Sie sich?

Es ist meine Überzeugung, dass die Menschlichkeit, genauso wie die christliche Nächstenliebe, ganz klar gebieten, dass wir Menschen in Not helfen. Und das heißt für mich eben – auch ganz konkret als Europäerin –, Menschen in Seenot zu retten. Die Seenotrettungsorganisationen vergleichen das oft mit einer Notfallsituation auf der Straße: Wenn ich einen Menschen verletzt am Straßenrand liegen

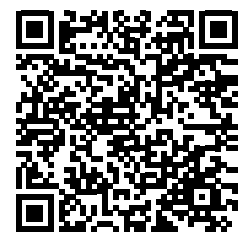
Das Gespräch führte Tanja Stünckel

sehe, dann rufe ich ja auch zuerst einen Krankenwagen, sodass möglichst schnell Hilfe kommt und die Person aus Lebensgefahr gerettet wird. Alles Weitere muss danach geklärt werden.

Ich habe beruflich bereits in verschiedenen Krisenkontexten gearbeitet. Für mich ist das Besondere an der Situation im Mittelmeer auch, dass sie in Europa, das heißt, unserem eigenen europäischen Rechtsraum stattfindet. Hier müssen sich Europäer*innen engagieren. Das geht auf dem Mittelmeer und auch an Land, zum Beispiel durch Spenden, Öffentlichkeitsarbeit oder durch die Unterstützung von Geflüchteten hier vor Ort.

Tipp der Redaktion:

Hören Sie das ganze Gespräch im Podcast Zeit für Mission:
zeit-fuer-mission.podigee.io





Harmit Schwarzbach/missio

Ökumenisches Friedensgebet 2025 blickt nach Myanmar

Myanmar steht im Fokus des Ökumenischen Friedensgebets 2025. Gemeinsam geben die Evangelische Mission Weltweit (EMW) sowie die Internationalen Katholischen Missionswerke missio Aachen und missio München das Gebet heraus. Es ruft seit über 20 Jahren jährlich zu Solidarität und Fürbitte für Länder auf, die von Gewalt, Unterdrückung und humanitärem Leid geprägt sind. Das diesjährige Ökumenische Friedensgebet kommt aus Myanmar. Der Vielvölkerstaat in Südostasien ist ein Land, in dem über 55 Millionen Menschen leben. Es steht seit Jahrzehnten unter enormen politischen und gesellschaftlichen Spannungen. Nach einer langen Phase der Militärdiktatur und ersten Ansätzen der Demokratisierung wurde das Land 2021 erneut von einem Militärputsch erschüttert. Seitdem tobt ein blutiger Bürgerkrieg zwischen der

Regierungsarmee und einem breiten Bündnis bewaffneter Widerstandsgruppen. Die humanitäre und wirtschaftliche Lage ist katastrophal: Rund drei Millionen Menschen sind Binnenflüchtlinge, und Unzählige leiden unter Verzweiflung und Perspektivlosigkeit.

Verfasst wurde das diesjährige Friedensgebet vom Seelsorge-Team des Myanmar Institute of Theology (MIT), Yangon. Diese renommierte theologische Einrichtung bietet nicht nur Gottesdienste an der Fakultät an, sondern unterstützt auch Studierende in allen Fragen, die ihr Wohlergehen betreffen. Das Team steht damit für Hoffnung und Gemeinschaft inmitten einer von Konflikten zerrissenen Gesellschaft. Zu den Mitgliedern des Seelsorge-Teams gehört auch die Präsidentin des MIT, Dr. Naw Eh Tar Gay, die mit ihrem Engagement ein Zeichen für Frieden und Versöhnung setzt. (TS)

Unser Lesetipp

Kirche braucht verschiedene Formen

Der Sammelband „Fluide Formen von Kirche“, herausgegeben von Philipp Elhaus und Uta Pohl-Patalong, beleuchtet in vier Teilen wesentliche Elemente von Diensten, Werken und Einrichtungen im Raum der Evangelischen Kirche. Mit interdisziplinären Beiträgen aus Sozialwissenschaften und Praktischer Theologie zeigen die Autor*innen auf, wie sich Dienste, Werke und Einrichtungen entwickelt haben, im Kontext der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen weiter verändern und welches Potential für die Zukunft der Kirche in ihnen liegt. So wird beispielsweise deren seismographische Funktion betont. Im Zuge einer immer mehr regio-lokal agierenden Kirche sei die Ortsgemeinde als umfassende Organisationsform ein Auslaufmodell. Die Auflösung des Gegenübers der unterschiedlichen Organisationsformen wird gewünscht, denn das würde die gemeinsame Arbeit an der Aufgabe, Evangelium mit möglichst vielen und unterschiedlichen Menschen lebensrelevant zu kommunizieren, stärken. Ein Buch, das Mut macht, Kirche immer wieder neu zu denken und gewohnte Muster aufzubrechen.



Philipp Elhaus/Uta Pohl-Patalong (Hrsg.),
Fluide Formen von Kirche, Verlag: Kohlhammer,
226 Seiten, ISBN 978-3-17-044702-8

Ein sicherer Weg



Am Flughafen Fiumicino in Rom werden die ankommenden Menschen von Mitarbeitenden von Sant'Egidio, Familienmitgliedern und Vertreter*innen der Presse willkommen geheißen (2024).

nach Europa

Weltweit sind mehr als 122 Millionen Menschen auf der Flucht. Eines der Ziele ist Europa. Die Fluchtrouten sind teilweise sehr gefährlich, legale Möglichkeiten gibt es kaum. Und auch wenn die Menschen Europa erreichen, bleibt die Lage meist schwierig. Um diesen Problemen zu begegnen, hat die christliche Gemeinschaft Sant'Egidio in Italien in Kooperation mit weiteren kirchlichen und anderen Akteur*innen ein besonderes Projekt ins Leben gerufen: Humanitäre Korridore für Flüchtende.



Cecilia Pani ist Projektleiterin für Humanitäre Korridore Äthiopien bei Sant'Egidio. Sie berichtet von diesem besonderen Programm, das in Europa einzigartig und einer der wenigen legalen Wege nach Europa ist.

Was sind denn Humanitäre Korridore, wie Sant'Egidio sie versteht?

Die Humanitären Korridore, wie wir sie definieren, sind sichere Einwanderungswege für flüchtende Menschen nach Italien und andere europäische Staaten, die bei diesem Projekt mitmachen. Das sind neben Italien derzeit Frankreich und Belgien. Die Menschen bekommen Visa mit begrenzter Territorialität, sie kommen mit dem Flugzeug und werden von Anfang an bis zu ihrem jeweiligen Zielort begleitet. Über 7000 Menschen konnten so bereits sicher nach Europa kommen, ohne die Gefahr einer Flucht, etwa über das Mittelmeer, auf sich nehmen zu müssen.

Wie ist die Idee der Humanitären Korridore entstanden?

Die Idee ist als Reaktion auf die schrecklichen Bootsunglücke im Mittelmeer

entstanden. Besonders das am 3. Oktober 2013, bei dem vor Lampedusa schätzungsweise über 600 Menschen ertrunken sind. Sant'Egidio hatte schon seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre Dienste für Migrant*innen eingerichtet. Der besondere Schwerpunkt lag auf einer Schule für Sprache und Kultur. Und darüber kamen wir in Kontakt mit einer Vielzahl von jungen Menschen, die unter Lebensgefahr nach Italien gekommen waren. Sie hatten zwar nun Asyl beantragt, aber zu einem hohen Preis. Da haben wir uns gefragt: Warum muss das Recht auf Asyl so gefährlich sein? Man kann es quasi nur in Anspruch nehmen, wenn man dafür sein eigenes Leben aufs Spiel setzt. Deswegen haben wir uns gedacht, dass man einen legalen Weg bräuchte, um diese Menschen direkt nach Europa zu bringen.

Sant'Egidio ist eine christliche Organisation, inwieweit hat das bei der Entstehung des Projekts eine Rolle gespielt?

Nach dem 3. Oktober 2013 waren mehrere Mitglieder von Sant'Egidio und



Cecilia Pani



Die Mitarbeitenden von Sant'Egidio besuchen auch regelmäßig geflüchtete Menschen in Flüchtlingslagern und leisten humanitäre Hilfe, wie 2017 auf der griechischen Insel Lesbos.

auch die italienische Föderation der evangelischen Kirchen mit einer Delegation auf Lampedusa, um Überlebende zu treffen. Und gemeinsam wurde uns klar: Wir müssen als Christ*innen etwas tun. Das Leben ist das Wichtigste, was ein Mensch hat, man darf Menschen nicht so sterben lassen. Wir haben uns daraufhin mit weiteren christlichen Organisationen zusammengetan, um gemeinsam diesen sicheren Weg der Humanitären Korridore zu schaffen.

Welche Organisationen sind denn mit dabei? Mit wem setzt Sant'Egidio das um?

Beim ersten Abkommen für Flüchtlinge aus dem Libanon waren Sant'Egidio, die italienische Föderation der evangelischen Kirchen, das Leitungsgremium der evangelischen Waldenserkirche und die italienische Regierung mit dabei. Das zweite Abkommen für Geflüchtete, die in Äthiopien leben und vor allem aus Eritrea, Sudan und Somalia stammen, wurde von Sant'Egidio und der italienischen Bischofskonferenz, die über die Caritas tätig ist, unterzeichnet. Und beim dritten Abkommen für afghanische Flüchtlinge, die in Pakistan und Iran leben, kamen weitere Hilfsorgani-

sationen u. a. das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) dazu.

Wie werden die Menschen, die über die Humanitären Korridore kommen, ausgewählt?

Die Auswahlkriterien sind sehr klar in den Vereinbarungen festgelegt und werden in der Anerkennung als Flüchtling angewendet. Hinzu kommt noch das Kriterium der besonderen Schutzbedürftigkeit. Zusätzlich haben wir aber noch ein spezielles Kriterium hinzugenommen, nämlich das Kriterium der besonderen kulturellen oder familiären Verbundenheit zum Zielland. Denn wenn es eine Verbindung gibt, vielleicht eine Person, die auf mich wartet und mich begleitet, ist der Weg in die Autonomie viel einfacher. Das ist insofern wichtig, da sich ein Großteil des Programms in den Zielländern abspielt, wo sich die Zivilgesellschaft bei der Aufnahme und Begleitung bis zur Autonomie engagiert.

Wie sind denn die Voraussetzungen des Programms?

Die Menschen, die durch die Humanitären Korridore aufbrechen, leben in ihren Startländern bereits als Flüchtlinge. Und natürlich braucht man ein Visum, um

nach Europa zu kommen. Dafür müssen wir mit den Botschaften der potenziellen Zielländer in den Ländern, in denen sich die Menschen befinden, also den Transitländern, zusammenarbeiten, damit die Flüchtlinge diese Visa bekommen. Das entlastet auch die Länder, die die Flüchtlinge als erstes aufgenommen haben. In Äthiopien etwa leben über eine Million afrikanische Flüchtlinge. Damit ist es das Land, das weltweit die meisten afrikanischen Flüchtlinge aufgenommen hat. Dass unser Engagement eine Hilfe ist, wissen auch diese ersten Zufluchtsländer wie Äthiopien und arbeiten intensiv mit uns zusammen.

Und wie ist das in den Zielländern, wie beispielsweise Italien? Wie nehmen die Menschen dort das Programm der Humanitären Korridore auf?

Wir erleben ein großes Engagement der Zivilgesellschaft, die auch das Markenzeichen des Projekts der Humanitären Korridore ist. Die Sympathie und Unterstützung, die wir bekommen, geben uns Kraft und motivieren uns. Das ist natürlich besonders wichtig, da die Stimmung im Land durchaus auch aggressiv ist. Wir möchten dem aber ein positives Narrativ entgegensetzen und so eine

wohlwillendere Haltung gegenüber Einwander*innen fördern. Denn wenn die beiden Welten der langjährigen und der neuen Europäer*innen zusammengebracht werden, kann das Trennende überwunden werden und eine gute und stabile Beziehung entstehen. Und um ehrlich zu sein, die beiden Welten brauchen einander dringend. Meine Beobachtung ist: Wenn schlecht über Einwander*innen gesprochen wird, ist es oft Wahlpropaganda, um eine bestimmte Stimmung in den jeweiligen Ländern zu erzeugen. Ich denke, wir brauchen aber jetzt ein neues Narrativ, eine andere Stimmung in Europa.

All das kostet Geld. Das Programm ist aber komplett selbst finanziert. Wie gelingt es denn dauerhaft so viele Mittel zu mobilisieren, um die Humanitären Korridore aufrecht zu erhalten?

Die Menschen identifizieren sich mit dem Projekt und unterstützen Sant'Egidio auch finanziell. Aber natürlich braucht man einen ständigen Geldstrom und verlässliche Zuschüsse. Der Großteil der Kosten wird daher von den evangelischen Kirchen und der italienischen Bischofskonferenz getragen, dazu gehören die Reisen und die finanzielle Unterstützung jeder Person, die über die Humanitären Korridore nach Europa kommt, im ersten Jahr. Das heißt: Für die Regierungen ist das Projekt kostenlos. Denn die Menschen dürfen erst nach einem Jahr, falls sie es dann überhaupt noch brauchen, staatliche Unterstützung beantragen.

Es ist also schon das Ziel, die Menschen auch in Arbeit zu bringen. Ist das der Aspekt, den Sie vorhin kurz beschrieben haben, dass die beiden Welten einander brauchen würden?

Ganz genau. In Italien kann man schon zwei Monate nach der Eröffnung des Asylverfahrens anfangen, zu arbeiten.

Viele Menschen, besonders die Jüngeren, finden schnell einen Arbeitsplatz und fangen an zu arbeiten, auch wenn sie noch keine Profis in der italienischen Sprache sind. Anfangs sind das natürlich eher Hilfsarbeiten in der Reinigung oder auch in der Altenpflege. Aber mit der Zeit können sie auch eine Ausbildung machen oder studieren. Man kann schon sagen, nach ein paar Jahren sind die meisten unabhängig und arbeiten.

Wie erfahren die Menschen davon, dass es die Humanitären Korridore gibt? Wie ist der Ablauf?

Natürlich kann man nicht einfach in ein Lager gehen und sagen: „Hallo, es gibt uns, möchte jemand mitkommen?“ Wir haben Kontakte in die Länder, bereiten Listen mit potenziellen Kandidat*innen vor und dann gibt es Mitarbeitende der beteiligten Organisationen, die je nach Einsatzlänge mal länger oder kürzer vor Ort persönlich auswählen. Das heißt, sie sprechen mehrfach mit den Menschen, die in Frage kommen. Es gibt auch Besuche bei den Menschen dort, wo sie leben. Unserer Erfahrung nach braucht man mindestens drei Gespräche mit den potenziellen Kandidat*innen, um besser die Situation der Menschen zu verstehen. Das dauert etwa drei bis vier Monate. Und wenn jemand ausgewählt ist, gibt es bestimmte Verfahren, die je nach Land und Status der Flüchtlinge im Transitland etwas unterschiedlich sind. Aber wir begleiten sie bei der Beschaffung der nötigen Papiere, wir organisieren die Reise, begleiten die Menschen im Flugzeug und am Flughafen organisieren wir immer eine Pressekonferenz. Und dann – das ist sehr wichtig – organisieren wir ein sehr warmes und feierliches Willkommen, mit Blumen mit sehr gutem Essen, oft der Heimatküche. Außerdem gibt es Spiele für die Kinder und Luftballons. Und auch dann orga-

nisieren wir nochmal eine Pressekonferenz. Das ist uns sehr wichtig. Denn wir sind überzeugt, wenn Menschen quasi das „gute Gesicht“ der Migration sehen, also die glücklichen Kinder, Familien, die sich wiedertreffen und Hoffnung haben, dann beeinflusst sie dieses Zeugnis für Integration und eine gute Zukunft positiv. Und die Erfahrung gibt uns recht. Nach jeder Pressekonferenz und der darauffolgenden Berichterstattung steigt die Anzahl der Menschen, die helfen möchten, und uns und unsere Partnerorganisationen unterstützen. Manchmal bieten sie eine Wohnung an oder Italienisch-Stunden, manchmal Geld. In diesen Momenten zeigt sich die Zivilgesellschaft von ihrer besten Seite.

Wie häufig kommen Menschen auf diese Art nach Europa?

Das kommt auf das Abkommen an. Beispielsweise beim Libanon-Abkommen ist vereinbart, dass innerhalb von zwei Jahren 1000 Visa vergeben werden. Dem entsprechend werden dann die Reisen geplant und mit der italienischen Regierung und der Polizei und dem Zoll am Flughafen abgestimmt. Aber man kann sagen, dass es etwa bis zu 150 Menschen sind, die jeden Monat kommen.

Das Interview führte Tanja Stünckel.



Podcast-Tipp

Hören Sie sich das ganze Gespräch zwischen Cecilia Pani und Tanja Stünckel an: mission-weltweit.de/podcast



Integration statt Abschottung

Während Europa sich gegen Geflüchtete abschottet, zeigen zwei Länder in Ostafrika, wie eine Politik der Offenheit und Integration funktionieren und zum Erfolgsmodell werden kann.

Es gibt großen Anlass zur Sorge.“ Mit diesen Worten leitete Petra Bendel ihren Vortrag vor der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am 12. November 2024 ein. Die Politikwissenschaftlerin von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg warnte eindringlich vor einer Aushöhung des Asylrechts in Deutschland und Europa. „Auf allen politischen Ebenen weisen aktuelle Diskurse und Gesetzesvorschläge in Richtung einer Gefährdung geltender internationaler, regionaler und nationaler Schutznormen und -standards für Menschen, die des Schutzes bedürfen.“ Das im Mai 2024 beschlossene gemeinsame europäische Asylsystem GEAS habe eine „inhaltliche Schlagseite, die klar auf Kosten der Schutzstandards“ gehe und „Kontrolle und Abschreckung“ betone. Auch die politische und gesellschaftliche Debatte in Deutschland kritisierte Bendel. Diese stelle die Rechte Schutzsuchender „und sogar das individuelle Recht auf Asyl zur Disposition“. Sie bezog sich auf die Kritik des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, Volker Türk, wonach auch in Deutschland insbesondere in Wahlkämpfen „gezielt Ängste instrumentalisiert und Gruppen gegeneinander

ausgespielt“ würden. „Mit hasserfüllten Worten“ würden „hasserfüllte Taten“ ausgelöst.

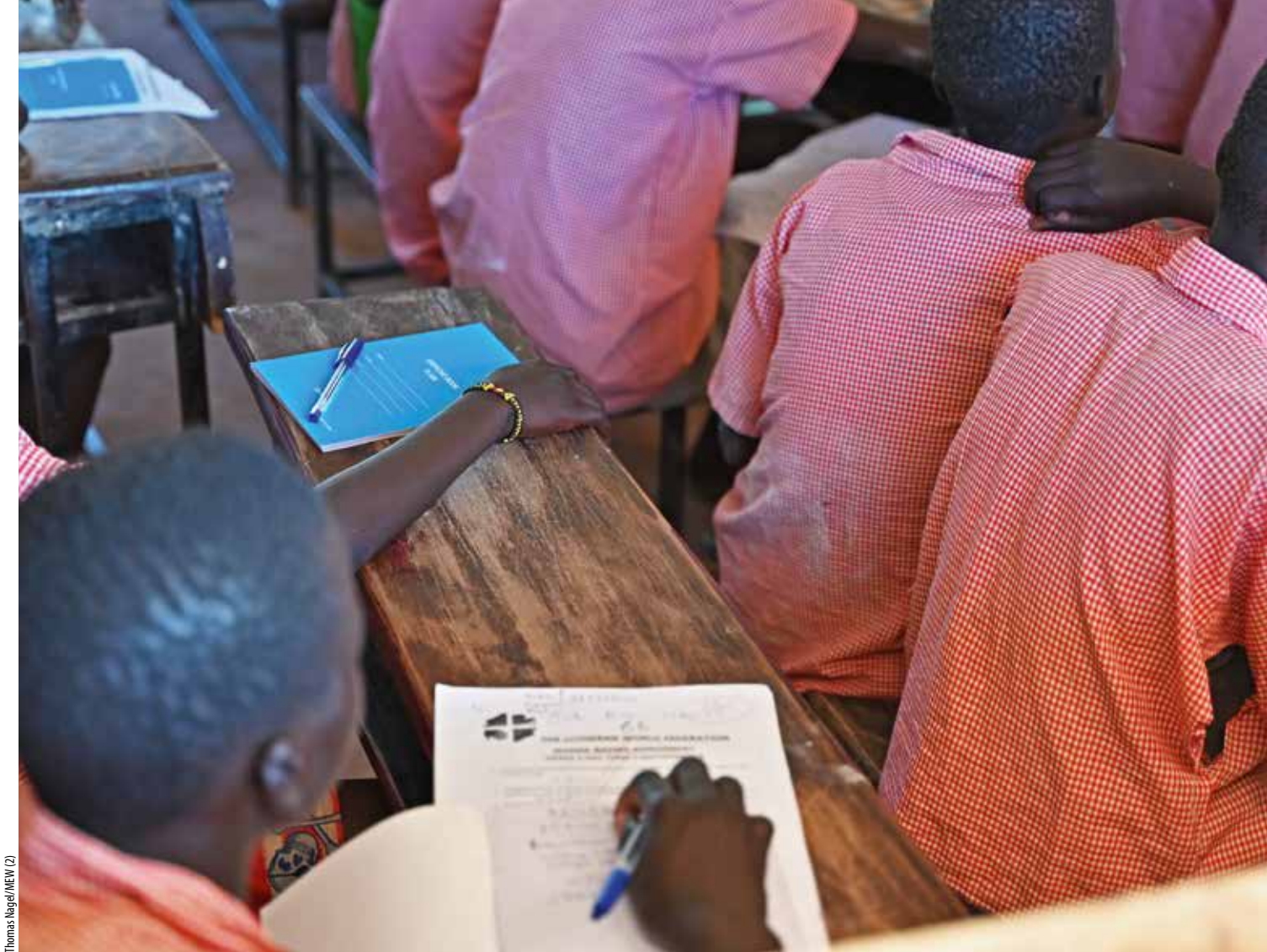
Fadenscheinige Argumente

Tatsächlich ist die „Das-Boot-ist-voll-Rhetorik“ in Deutschland, wie in anderen europäischen Ländern, angesagt wie nie. Auch und gerade in der Politik, und dort nicht nur bei der AfD. CSU-Chef Markus Söder fordert seit Sommer 2024 in regelmäßigen Abständen nicht nur Abschiebungen auch in Länder wie Syrien oder Afghanistan und Pushbacks an den deutschen Außengrenzen, sondern auch eine Abkehr vom individuellen Grundrecht auf Asyl. Führende Politiker*innen der CDU wie Thorsten Frei oder Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer hauen in die gleiche Kerbe. Als Gründe für die mehr oder weniger verblühte Übernahme rechtspopulistischer und rechtsradikaler Forderungen werden dabei immer wieder eine Überlastung der Kommunen bei Aufnahme und Integration von Geflüchteten, eine steigende Zahl der nach Deutschland kommenden Asylsuchenden und ein Anstieg der sogenannten „irregulären Migration“ behauptet. „Nichts davon ist gänzlich korrekt“, hielt

Petra Bendel dem in ihrem Vortrag vor der EKD-Synode entgegen. Im Abgleich mit den entsprechenden Zahlen aus dem Jahr 2023 zeige sich: „Der Stand der Asylgesuche weist keinen Höchststand auf. Er liegt mitnichten höher als etwa 2016 und ist bis heute weiter rückläufig.“ Dazu kämen freilich „über eine Million“ Geflüchtete aus der Ukraine, die zwar in den Kommunen aufgenommen werden müssen, jedoch nicht die Asyl-Prüfsysteme belasten. Auch in Sachen Belastung der Kommunen sei die Lage nicht so eindeutig wie behauptet, stellte die Politikwissenschaftlerin bezugnehmend auf eine Kurzerhebung der Uni Hildesheim fest. Demnach beschrieben im Jahr 2023



Petra Bendel



Thomas Hegel/MEW (2)

Schulbildung gehört auch dazu. Im Kakuma Refugee Camp in Kenia bekommen die aus Nachbarländern vor Hunger, Krieg und Verfolgung Geflüchteten neue Lebensperspektiven.

knapp 60 Prozent der befragten Kommunen die Situation bei Aufnahme und Integration von Geflüchteten als „herausfordernd, aber machbar“. Die übrigen 40 Prozent betrachteten sich als überlastet oder „im Notfallmodus“. Bei einer neuerlichen Befragung im Jahr 2024 sahen sich lediglich 25 Prozent der westdeutschen und acht Prozent der ostdeutschen Kommunen in Not. Bendels Fazit: „Die Erzählung von der Überlastung der Kommunen ist also zumindest zu differenzieren.“ Auch was die Rede von „irregulärer“ oder „illegaler Migration“ angeht, ist die Sache nicht so einfach und holzschnittartig, wie oftmals dargestellt. Ein Großteil der Asylsuchenden komme seit Jahren aus Syrien und Afghanistan. „Für sie gibt es fast keine legale Möglichkeit der Zuwanderung“, sagte Bendel. Dabei liege die Schutzquote bei Asyl-

suchenden aus Syrien bei über 90 und bei Geflüchteten aus Afghanistan bei über 80 Prozent.

Sachpolitik statt Drama

Statt einer Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl plädierte die Politikwissenschaftlerin unter anderem für eine deutlich bessere Unterstützung der Erstaufnahmestaaten, die Ermöglichung von zügigen, aber fairen Asylverfahren in Deutschland und Europa und eine Entdramatisierung der Debatte um Einreisezahlen. Derzeit würden Migrant*innen „als Sündenböcke benutzt“ und „gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausgespielt“. Wer das verhindern wolle, forderte Bendel, müsse „klarstellen, dass ein großer Teil der Ängstedebatte gar nichts mit

Migration und Migrationspolitik zu tun hat, sondern mit Wohnungspolitik und dem Zugang zu Bildung und zu Arbeit für alle“. Und nicht zuletzt: „Wir können auch zeigen, dass Sicherheit nicht nur durch Abschottung und Ausweisung oder durch eine vermeintlich durch Leistungseinschränkungen zu erzielende Migrationssteuerung zu erlangen ist. Wir können vielmehr verdeutlichen, dass Sicherheit auch darauf fußt, Menschen adäquat unterzubringen und zu versorgen, aufzunehmen, anzunehmen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv zu integrieren.“

Die Debatte um Migration und Asyl, wie sie hierzulande zunächst insbesondere von Rechtsradikalen geführt wurde, inzwischen aber auch vom politischen Mainstream mehr oder weniger eins zu eins adaptiert wird, folgt also gerade in

letzter Zeit weniger einer konstruktiven Lösung von tatsächlich bestehenden Problemen, sondern einem politischen Kalkül: der Ablenkung von eigentlich zu lösenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Missständen durch Dramatisierung und Installation von „Sündenböcken“. Schuld sind immer die, die sich nicht wehren können.

Nüchtern betrachtet ist die Lage in Europa und Deutschland ohnehin vergleichsweise entspannt. Im Jahr 2015 kamen knapp mehr als eine Million Geflüchtete nach Europa – von weltweit 12,4 Millionen Menschen, die damals auf der Flucht waren, also gerade einmal acht Prozent. Die meisten Geflüchteten, laut Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) über 80 Prozent, sind Inlandsvertriebene oder Binnenflüchtlinge. Sie fliehen innerhalb ihres Landes oder in die unmittelbaren Nachbarländer. Letztere nehmen oft in sehr kurzer Zeit sehr viele Menschen auf, obwohl die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wesentlich schlechter sind als die in europäischen Ländern.

Chancen ermöglichen

Und manche von ihnen zeigen, wie es funktionieren kann, mit der von Bendel geforderten Möglichkeit zur aktiven Integration. Zum Beispiel Kenia: Das Kakuma Refugee Camp liegt im Gebiet der Volksgruppe der Turkana, etwa 800 Kilometer nördlich der kenianischen Hauptstadt Nairobi, nahe der Grenzen zu Uganda, Südsudan und Äthiopien. Es wurde 1992 eingerichtet, damit die so genannten „Lost Boys“, zwischen 30.000 und 40.000 Kinder und Jugendliche aus dem Südsudan, aufgenommen werden konnten. Heute leben dort laut UNHCR knapp 200.000 Geflüchtete unter anderem aus dem Südsudan, Somalia, Äthiopien, Burundi, dem Kongo,

Nach der Registrierung bekommen Geflüchtete ein Stück Land in Nakivale. Dort können sie ein Haus bauen und Ackerbau betreiben.



Eritrea, Uganda und Ruanda. Ein zentraler Fluchtgrund ist die jahrelange Dürre am gesamten Horn von Afrika. Sehr viele fliehen vor Gewalt und Missbrauch. Susan Nadei ist vor einem ethnischen Konflikt aus dem Südsudan geflohen: „Unser Dorf wurde niedergebrannt und Frauen und Mütter getötet“, sagt sie im Interview mit einem tansanisch-deutschen Filmteam. Damit ist sie nicht die einzige: „Viele Menschen suchen aus solchen Gründen hier Zuflucht“, erklärt sie. Sarah Nyabuoni kommt ebenfalls aus dem Südsudan. Sie ist vor der Dürre geflohen. „Auch wenn es noch Essen gibt, brauchst du am Ende doch Wasser“. Dazu kam Krieg, der das Alltagsleben vollends zum Erliegen brachte. Auch die Schule wurde geschlossen. Am Ende musste sie befürchten, ihre Kinder

könnten gekidnappt und verkauft werden. „Was willst du da noch machen“, sagt sie resigniert.

In Kakuma bekommen Susan Nadei, Sarah Nyabuoni und die anderen Geflüchteten eine Perspektive. Nach der Registrierung ziehen die meisten nach wenigen Wochen um in eines der Camps. Dort organisieren der Luthेरische Weltbund (LWB) und andere Nichtregierungsorganisationen verschiedene Angebote, die es den Geflüchteten ermöglichen sollen, ihr Leben aktiv zu gestalten. Von Grundschulen und weiterführenden Schulen, über Ausbildungen in Handwerksberufen bis hin zu Jobs vor Ort. Beispielsweise sind 1116 der insgesamt 1246 Mitarbeitenden des LWB in Kakuma Geflüchtete. Dazu gibt es ein Jugendparlament,



Thomas Nagel/MEW (2)

Die meisten Geflüchteten im Flüchtlingscamp in Nakivale in Uganda kommen aus der Demokratischen Republik Kongo.

ambitionierte Sportangebote und Dialogforen bei Konflikten mit den ortsansässigen Turkana. Unzählige kleine und große Erfolgsgeschichten von Geflüchteten, die von Kakuma aus Karriere gemacht haben, geben anderen Hoffnung und Motivation. Wenn Schulkinder erzählen, sie wollten Arzt oder Anwältin werden, sind das, so betonen es auch die Lehrkräfte, keine Kinderträume, sondern realistisch erreichbare Ziele. Dazu trägt auch Kenias Regierung bei. Sie ist Ende 2021 auf eine Politik der Offenheit gegenüber den Neuankömmlingen umgeschwenkt. „Die neue Gesetzeslage ermöglicht Geflüchteten Integration. Sie bekommen Zugang zu staatlichen Angeboten und Leistungen. Ihr Status gleicht nun annähernd dem von kenianischen Staatsbürger*innen“, sagt

Girma Gudina, Landeschef Kenia beim Lutherischen Weltbund.

Offenheit als Erfolgsfaktor

Auch im Nachbarland Uganda gehört die Aufnahme von sehr vielen Geflüchteten seit langer Zeit zu den Aufgaben, die bewältigt werden müssen. Die Flüchtlingsansiedlung in Nakivale wurde 1958 gegründet. Inzwischen leben dort auf 185 Quadratkilometern mehr als 171.000 Menschen. Die meisten von ihnen kommen aus der Demokratischen Republik Kongo. Nachdem die Geflüchteten registriert worden sind, bekommen sie ein Stück Land in einer der drei Zonen von Nakivale: Base Camp, Juru und Rubondo. Dort können sie ein Haus bauen und Ackerbau betreiben. Mit den Jahren sind in Nakivale 74 Dörfer entstanden. Es gibt Läden, Handwerks- und Dienstleistungsangebote, Hotels und Restaurants. Doch die Situation für Neuankömmlinge ist extrem schwierig. Ihre Erlebnisse vor und während ihrer Flucht belasten sie schwer. Zudem wird durch die steigenden Flüchtlingszahlen das Angebot an Platz immer knapper. Und Krisen in anderen Regionen lassen die internationale Hilfe in Sachen Nahrung und Grundversorgung schrumpfen. Die Rationen an Grundnahrungsmitteln, die den Geflüchteten

zugeteilt werden können, müssen immer knapper kalkuliert werden. Doch trotz knapper Ressourcen wird eine Open Door Policy gepflegt. Geflüchtete sind hier willkommen. Sie können sich frei im Land bewegen, arbeiten, Geschäfte gründen, und sie haben freien Zugang zu Bildung. Auch hier gelingt es mit Hilfe des LWB und anderer Organisationen, Perspektiven für Geflüchtete zu eröffnen. „Uganda betreibt eine sehr progressive Flüchtlingspolitik“, bestätigt Apollo Nangumya Kakwenzire, Human Resource Manager beim LWB Uganda. Er ist überzeugt davon, dass diese Politik erfolgreich ist: „Diese Politik ist ein Segen“, sagt er und berichtet darüber, wie Geflüchtete zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beitragen. „Für uns Ugander*innen ist es eine Freude, zu sehen, wie sich das Leben unserer Geschwister aus den Nachbarländern durch unsere Flüchtlingspolitik zum Positiven verändert.“

Eine Politik der Offenheit gegenüber Geflüchteten kann – bei allen Schwierigkeiten, die es auch in Kenia und Uganda gibt –, funktionieren. Sie taugt sogar zum Erfolgsmodell. Ein intensiver Blick dorthin könnte sich für Deutschland und Europa also lohnen. Lernbereitschaft vorausgesetzt.

Thomas Nagel leitet die Abteilung Presse/Medien bei Mission EineWelt in Bayern.



Mehr als Mist

Flüchten oder für ein Drogenkartell arbeiten, das sind in manchen Regionen in Mexiko häufig die beiden einzigen Möglichkeiten, den eigenen Lebensunterhalt zu sichern. Unterschiedliche sozial-pastorale Projekte wollen das ändern. Kann Hühnerhaltung ein Ausweg aus der Perspektivlosigkeit sein?

Die Kriminalität, die sich in Mexiko quer durch alle Bevölkerungsschichten zieht, ist berüchtigt. Die Hauptursache dieser seit Jahrzehnten eskalierenden Entwicklung sind die hier agierenden Drogenkartelle, die ihre Dominanz in bewaffneten Konflikten mit Staatsorganen und Bevölkerung erzwingen. In manchen Gegenden haben die Kartelle mit ihrem brutalen Vorgehen und dem gezielten Einsetzen von Korruption und

Unterwanderung staatlicher Ordnungsorgane das Gewaltmonopol des Staates faktisch aufgehoben. Hinzu kommt: Gerade in einigen ländlichen, eher strukturschwachen Gegenden ist die Arbeit für die Narcotraficantes, kurz Narcos, wie die Drogenhändler*innen auf Spanisch genannt werden, weitestgehend die einzige Möglichkeit, den Lebensunterhalt für sich und oft auch die eigene Familie zu verdienen. Allerdings eine sehr gewalttätige, gefährliche und nicht selten tödliche.

Der Hunger der etwa 150 derzeit aktiven Drogenkartelle Mexikos nach neuen vor allem männlichen Rekrut*innen ist daher quasi unstillbar. Rund 350 Menschen pro Woche müssen angeworben werden, um erlittene Verluste durch Tod und Verhaftungen auszugleichen und weiteres Wachstum der Kartelle zu gewährleisten. Nicht alle der benötigten Rekrut*innen werden freiwillig oder aus Perspektivlosigkeit zu Narcos. Wer als Kandidat*in von Interesse ist

und sich weigert, muss nicht selten mit Gewalt gegen sich oder die eigene Familie rechnen. Vertreibung, Mord, Entführung und Menschenhandel gehören hierbei zu den bevorzugten Methoden der Drogengangs. Den Menschen und ihren Familien, die sich dem Druck der Kartelle nicht beugen, aber dennoch der strukturellen Perspektivlosigkeit entkommen möchten, bleibt daher oft nur die Flucht aus Mexiko. Doch selbst wenn man bereits auf der Flucht ist, ist die Gefahr von den Narcos zwangsrekrutiert zu werden, nicht gebannt. Nicht selten werden flüchtende Menschen, etwa auf dem Weg in die USA, gezielt von den Narcos aufgegriffen, entführt und gezwungen für die Drogenkartelle zu arbeiten, beispielsweise auf Feldern, im Transport oder im Verkauf.

Nicht alle Gegenden in Mexiko sind gleich intensiv betroffen. Als die bekannteste Drogenregion des Landes gilt das im Nordwesten gelegene „Goldene Dreieck“ – eine Bergregion, die die Bundesstaaten Chihuahua, Durango und Sinaloa umfasst, vom Sinaloa-Kartell kontrolliert wird und wegen der von dort ausgehenden Gewalttaten immer wieder in die Schlagzeilen gerät. Von dort liegt Oaxaca räumlich weit entfernt. Es ist der fünftgrößte der 31 Bundesstaaten Mexikos (plus der Bundeshauptstadt Mexiko-Stadt) und befindet sich im Südosten des Landes. Aber große Schlafmohnfelder zur Herstellung von Heroin gibt es auch hier. Viele Gegenden sind geographisch isoliert, was Drogen- und auch Waffenhandel begünstigt. Und es ist eine Region, die überwiegend durch indigene Volksgruppen geprägt ist. Im Jahr 2020 lebten 66,4 Prozent der 4.132.000 Einwohner*innen hier in Armut.

Es muss doch mehr Entscheidungsmöglichkeiten für das eigene Leben geben als nur Flucht oder Narcos – das sagte sich der junge Pastor einer baptis-

tischen Gemeinde, Emiliano Villavicencio, aus Oaxaca. Er hatte eine Idee. Das heißt, ursprünglich hatte die Idee seine Mutter, mit der er zusammenlebt. Ihr ging es zunächst nur darum, Möglichkeiten zu finden, die eigenen Hühner gesund zu erhalten und so größere Verlässlichkeit für die eigene Versorgung zu erlangen.

Aber Villavicencio erkannte das große Potenzial und rief mit Unterstützung der Theologischen Hochschule Seminario Bautista de Mexico (SBM) ein besonderes Projekt ins Leben, um den Menschen in der bergigen Region von Oaxaca eine andere Lebensperspektive und Einkommensquelle abseits von Drogenkartellen und Flucht zu eröffnen: Das Calihualá Chicken Coop Project. Im Zentrum des Projektes steht, neben den Hühnern, die den Dreh- und Angelpunkt bilden, die Idee, dass eine nachhaltige und ökologische Bewirtschaftung und die gezielte Nutzung und Gestaltung von landwirtschaftlichen Kreisläufen, eine stabile und gesunde Lebensgrundlage für die Menschen der Region bieten kann und gleichzeitig die Schöpfung gepflegt und bewahrt wird. Die so erzeugten Produkte sollen nicht nur zur eigenen Ernährungssicherheit und Unabhängigkeit beitragen, sondern Überschüsse sollen sich zudem gewinnbringend verkaufen lassen.

Es gibt eine Alternative zu Flucht oder Narcos, davon ist Emiliano Villavicencio überzeugt und lebt das mit seiner Hühnerzucht in Calihualá vor.

Ein Wirtschaftskreislauf, den Emiliano Villavicencio nach intensiver Recherche und Erprobung mit Unterstützung eines befreundeten Tierarztes in seiner Gemeinde Calihualá etabliert hat, setzt sich vor allem aus verschiedenen Nutztieren zusammen, die auf bestimmte Art miteinander gehalten werden: Denn werden in unmittelbarer Nähe zum Hühnerstall Kaninchen gehalten, wehren deren Kot und Urin viele Geflügelkrankheitserreger auf natürliche Weise ab. Der Hühnerstall wiederum wird idealerweise oberhalb eines Fischteichs errichtet und der Boden mit einem Netz versehen, so dass der Hühnermist direkt in den Teich fällt. Im Teich wiederum helfen die Fische das ökologische Gleichgewicht im Teich aufrechtzuerhalten und am Ende bilden die Fische eine zusätzliche Nahrungsquelle für den Menschen.

Wenn er mit blitzenden Augen von diesem Kreislauf erzählt, ist dem heute 37-Jährigen die Begeisterung anzumerken. Das Projekt soll als Vorbild, als Arbeitgeber für die Menschen und als Quelle für gesündere Ernährung dienen. Vor dieser ökologischen Form der Hühnerzucht und -haltung waren die Menschen auf Hühner aus der Stadt



angewiesen, deren Fleisch in der Regel mit Hormonen und Antibiotika belastet ist. Und weil das Hühnerprojekt so ein großer Erfolg für die Gemeinde Calihualá ist, gibt Emiliano Villavicencio sein Wissen innerhalb der indigenen Gemeinschaft der Mixteco, zu der er selbst gehört, weiter.

Aber Emiliano Villavicencio hatte in den fünf Jahren, in denen das Projekt inzwischen besteht, auch Misserfolge zu verkraften. Denn auch in der Oaxaca-Region sind die Auswirkungen des Klimawandels bereits deutlich zu spüren. Lange Dürre-Phasen werden immer häufiger von extremen Regenfällen und Unwettern abgelöst. Und so verlor er im letzten Jahr durch einen Blitzeinschlag im Teich alle 600 darin lebenden Fische. Rückschlägen wie diesen begegnet Villavicencio mit Gottergebenheit und Zuversicht: „Man braucht viel Liebe und

Hingabe – und Geduld. Aber ich weiß, dass ich hier am richtigen Platz bin und Gott mich leiten wird.“

Überhaupt spürt man dem ehrenamtlichen Pastor ab, dass für ihn Bewahrung der Schöpfung, Lebensunterhalt und Glauben eng zusammengehören. Denn eigentlich hatte er schon einen Vertrag unterschrieben, um als Apfelpflücker in die USA zu gehen. Aber dann starb sein Vater und Emiliano Villavicencio wurde in der Folge als relativ junger Mann als Pastor in die Gemeinde berufen. Und sein tiefer Glaube und Gottes Führung sind für ihn auch der Grund, warum schließlich weder ein Einstieg in eine Drogengang noch die Migration in die USA für ihn in Frage kamen. „Ich bin doch als Pastor ein Vorbild. Wenn ich nicht bleibe und nach besseren Wegen für eine Lebensgrundlage suche, warum sollten es dann die anderen tun?“

Das Hühnerstall-Projekt der baptistischen Gemeinde in Calihualá ist nicht das einzige sozial-pastorale Projekt, das vom Seminario Bautista de Mexico (SBM) unterstützt wird, um den dort lebenden überwiegend indigenen Menschen bessere Lebensperspektiven zu bieten. Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit, um die Menschen in die Lage zu versetzen, ihr eigenes gesundes Gemüse anzubauen. Oaxaca ist zudem nicht die einzige Region, in der das SBM auf diese Weise tätig ist: Rund um Mexiko-Stadt arbeitet das SBM mit vier und im Bundesstaat Puebla mit einer Pfingstkirche bei der Umsetzung sozial-pastoraler Projekte zusammen. Denn für das Seminario Bautista de Mexico ist eines ganz klar: Theologie ist mehr als nur Bibelstudium. Sie muss auch ganz praktisch in das Leben der Menschen hineinwirken.

Tanja Stünckel



Oft bleiben nur die Alten, denn viele junge Menschen aus Oaxaca und anderen Bundesstaaten in Mexiko zieht es auf der Suche nach einem besseren Leben in die USA.

Corinna Walz/EMW

Unser Handeln entscheidet



elkhi/mek

Gabriele Hoerschelmann

ist Direktorin von Mission EineWelt, dem Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Die promovierte Theologin und Pfarrerin der bayerischen Landeskirche ist auch Beisitzerin im Präsidium der 13. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Das Bild werde ich nie vergessen. Am Strand von Kos, einer kleinen griechischen Insel in Sichtweite des türkischen Festlands, liegen überall Reste von Schlauchbooten, Rettungswesten, Kindersachen. Und daneben stehen die Hotels und die Liegenstühle der Urlauber*innen. Mit einer kleinen Delegation des Präsidiums der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) waren wir im Sommer 2024 an der EU-Außengrenze in Griechenland, um uns ein Bild von der Lage der Flüchtlinge dort zu machen.

In der Mitte der Insel befindet sich das Lager – dort, wo die Tourist*innen nicht hinkommen. Container, mehrere Zäune hintereinander, mit Stacheldraht in der Gluthitze. Closed controlled access center heißt es. Geschlossenes kontrolliertes Aufnahme-Zentrum, ein in Beton gegossenes Monument der Abschreckung. Und teilweise ist es auch schon ein Gefängnis für jene, deren Anträge abgelehnt worden sind. Für viele ist es ein Ort des langen Wartens.

Vor den Lagerzäunen trafen wir eine Gruppe von Flüchtlingen. Sie hatten bereits ihren Asylantrag erfolgreich gestellt und warten jetzt außerhalb des Lagers auf ihre Reisedokumente. Das kann bis zu einem Jahr dauern. Rafah, eine Frau aus Syrien, hatte in einem der Hotels eine Stelle als Putzfrau gefunden. Ihre beiden Kinder hatten die Dokumente schon, nur sie noch nicht. Jeden Tag ging sie zum Lager und fragte nach. Die Männer hatten ihre Dokumente ebenfalls schon und warteten nur noch auf Rafah, um gemeinsam weiterzureisen. In der Zwischenzeit suchten sie

Unterschlupf im Wald. – Sie hatten nichts, nur eine Decke.

Es ist schwierig. Überall wird mit dem Thema Migration Politik gemacht. Auch mit den Ängsten, die damit verbunden sind. Auf beiden Seiten. Die Menschen fliehen vor den teils jahrzehntelangen Konflikten im Nahen Osten oder in Afghanistan. Und Menschen hier in Deutschland haben Angst, dass diese Gewalt zu uns kommt. Aber die Menschen fliehen ja vor genau dieser Gewalt. Und gleichzeitig nutzen wieder andere die Not aus und radikalisieren besonders die jungen Männer. Es ist eine Mischung von Ängsten auf allen Seiten.

Häufig wird von sogenannten Pull-Faktoren gesprochen, also von Leistungen, die aus der Sicht einiger den deutschen Sozialstaat für Menschen aus anderen Ländern attraktiv machen mögen. Das führt zu der Einschätzung, dass Asylbewerber*innen sich hier Vorteile erschleichen wollen und Deutschen etwas wegnehmen würden.

Die Menschen, die wir bei unserer Reise an die EU-Außengrenze getroffen haben, sind so von ihrer Not getrieben, dass Abschreckung nicht funktionieren wird. Diejenigen, die sich jetzt in Afghanistan oder vom afrikanischen Kontinent auf den Weg nach Europa machen, wissen ganz genau, dass das eine Reise ist, die mehrere Jahre dauert. Und sie wissen auch um die Gefahren. In Athen sprachen wir mit der stellvertretenden deutschen Botschafterin. Sie sagte uns: „Daran, wie wir mit diesen Menschen umgehen, steht und fällt alles, was uns in Europa wichtig ist.“

Vom Warum Menschen erzähl



Seit einem Jahrzehnt engagiert sich das Ev.-luth. Missionswerk in Niedersachsen (ELM) gemeinsam mit seinen Partnerkirchen in Äthiopien, Malawi und Südafrika für die Bekämpfung von Fluchtursachen und eine Entschärfung der Migrationskrise. Drei Kurzfilme erzählen eindrucksvoll von dieser Arbeit und eröffnen durch die Stimmen der Protagonist*innen unerwartete Einblicke in das komplexe Thema Flucht.

Ein Fluss, ein Stacheldrahtzaun. Für Nyasha sind es die letzten Hindernisse auf ihrem gefährlichen Weg von Simbabwe nach Südafrika. Jede Bewegung erzählt von Angst und Hoffnung, von Verlust und dem Wunsch nach einem Neubeginn. „Du gehst ins Wasser. Das Wasser ist braun, du kannst nicht sehen, ob ein Krokodil auf dich zukommt. Viele Menschen sterben. So bin ich nach

Südafrika gekommen, ich habe diese Reise nicht geplant. Es kam aus meiner Frustration, meiner Wut und meinem Schmerz.“

Nyasha ist eine junge Frau. Sie verlässt ihr Herkunftsland – freiwillig und doch gezwungenermaßen. Sie hat einen Traum. Die Perspektivlosigkeit hat sie aus ihrer Heimat vertrieben und nun schlägt sie sich als „Illegale“ im Land ihrer Hoffnung durch. „Alles hat einen

Anfangspunkt, ich glaube, das ist unsere Morgendämmerung, das ist unsere Zeit zu glänzen. Und das Geld, das wir verdienen werden, wird uns weit im Leben bringen. Oder?“ Nyasha ist sich sicher: „Hier gebe ich meinem Leben eine Chance, was ich in Simbabwe versucht, aber nicht geschafft habe. Ich war mal da und jetzt bin ich hier.“

Nyasha ist Titelheldin eines von drei Dokumentarfilmen, die Philipp Seifert

und Wohin: en von Flucht



Aus Film „Beni Youth“ (3)

Die Jugend in Beni baut sich eine Zukunft auf. Mithilfe der Lutherischen Kirche in Malawi haben sie eigene Projekte entwickelt und umgesetzt.

und Raphael Schanz im Auftrag des Ev.-luth. Missionswerks in Niedersachsen (ELM) zu Flucht und Migration gedreht haben. Die beiden Berliner Filmemacher erzählen ihre Geschichte, kommentarlos, in atmosphärisch dichten Bildern und lassen die Protagonist*innen wie Nyasha allein sprechen.

„Das ist die Art von Film, die wir gerne mögen: ein beobachtender Dokumentarfilm, der einlädt in neue Welten einzutauchen und in dem nicht alles durch Sprache erklärt wird. Ich finde Filme stärker, wo man sich selbst die Zusammenhänge erschließen muss, wo's vielleicht auch Fragen, Leerstellen und Widersprüche gibt“, sagt Raphael Schanz.

Eine von 122 Millionen

Nyasha gehört zu den über 122 Millionen Menschen, die weltweit auf der

Flucht sind. Die Zahl der gewaltsam Vertriebenen hat damit einen neuen Rekordwert erreicht, angetrieben durch Konflikte, Gewalt, Armut und politische Instabilität. Laut dem UNHCR-Bericht zu den Halbjahrestrends 2024 war Ende Juni 2024 weltweit einer von 67 Menschen vertrieben, fast doppelt so viele wie noch vor zehn Jahren (einer von 114 Menschen). Über 72 Millionen Menschen blieben Binnenvertriebene in ihrem eigenen Land.

„An jenem Tag saßen wir vor unserem Haus. Niemand hat uns informiert, was auf uns zukommen würde. Die gleichen Menschen, mit denen wir zusammen aßen und lebten, kamen mit einer Klinge in der Hand, um uns zu töten.“ So beschreiben Binnengeflüchtete aus dem Osten Äthiopiens, was sie nach Adama im Zentrum des Landes geführt hat. Sie leiden unter dem Verlust ihrer Heimat, ihres Hab und Guts und ihres alten Le-

bens – traumatisiert von unermesslicher Gewalt, die sie bei der Vertreibung erlebt haben, wo „Menschen mit Baggern in Gruben geschüttet wurden“.

Der Film aus Äthiopien erzählt Geschichten von Entwurzelten: „Wenn wir ein Land hätten, würden wir hierhin oder dorthin fliehen. Aber wir können nirgendwohin fliehen.“

Projekt der Hoffnung

Angesichts dieser Umstände scheint Hoffnung auf einen Neuanfang kaum denkbar. Und dennoch: Ibrahim Mohammed Hassan erzählt als einer der Protagonist*innen im Film, wie er wieder Mut fasst und was sein Wunsch für die Zukunft ist. Zunächst ist er verzweifelt und erzählt, dass er nicht einmal genug Wasser hat, um saubere Kleidung tragen zu können oder dass er die Hauptmahlzeit auslässt, damit seine



Kinder genug bekommen und ihnen sagt, er hätte schon gegessen. Doch es gibt etwas, das ihn Hoffnung schöpfen lässt, dass sich seine Lebensumstände verbessern. Es ist ein Projekt, was gemeinsam mit dem DASSC, der Entwicklungsabteilung der Mekane-Yesus-Kirche (EECMY), dem ELM und der Unterstützung der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers durchgeführt wird, das ihm Hoffnung gibt und versuchen lässt, gemeinsam mit seiner Familie, wieder Fuß zu fassen. Millionen anderer Menschen warten auf eine Chance wie diese. Augenfällig bei genauerer Betrachtung der globalen Flüchtlingskrise: Die meisten Vertriebenen, 87 Prozent, finden in Ländern mit niedrigem oder mittlerem volkswirtschaftlichem Einkommen Zuflucht. Die Startbedingungen, wenn sie es überhaupt lebend dorthin schaffen, kaum besser als zu Hause und oft begleitet von Fremdenhass.

Zwischen Januar und Juni 2024 wurden nach UNHCR-Angaben im Sudan weitere 1,6 Millionen Menschen innerhalb des Landes gewaltsam vertrieben, was nicht nur auf dem afrikanischen Kontinent, sondern weltweit die größte Zahl neuer Vertreibungen in diesen sechs Monaten darstellt. Damit stieg die Gesamtzahl der Sudanes*innen, die Mitte 2024 noch vertrieben waren, auf 12,8 Millionen. Das ist nur ein Beispiel aus dem UNHCR-Bericht zu den Halb-

jahrestrends 2024, das von zunehmender Vertreibung auf dem afrikanischen Kontinent berichtet. Hinzu kommen große Flüchtlingsbewegungen in Lateinamerika und der Karibik, Myanmar, Haiti, Palästina und der Ukraine. Insgesamt stammten Ende Juni 2024 zwei Drittel der gewaltsam vertriebenen Menschen aus nur 10 Ländern. Die Zahlen im UNHCR-Bericht zeigen auch, dass die meisten Vertriebenen weder internationale Grenzen überschreiten noch in wohlhabenden Staaten Schutz suchen. Vielmehr bleibt die Last der Hilfe bei Nachbarstaaten oder Ländern, die selbst mit wirtschaftlichen Herausforderungen zu kämpfen haben, wie beispielsweise Äthiopien.

„Die Jugend kann die Welt verändern“

Und dann sind da noch die Folgen der Klimaveränderung. „Wir haben große Angst, dass es nicht regnen wird. Unser Saatgut wird durch die Hitze vertrocknen. Ich habe sogar darüber nachgedacht, in Nachbarländer zu gehen“, berichtet ein junger Mann aus Beni, einem Dorf in Malawi. „Aber von denen, die gegangen sind – ist da jemals jemand zurückgekehrt? Niemand ist zurückgekehrt.“

Die Jugendlichen in Malawi, die ebenfalls in einem der Filme des ELM

porträtiert werden, sind konfrontiert mit den Folgen der Klimakatastrophe. Extremwetter, verkürzte Regenzeiten und Hitzeperioden erschweren das von Landwirtschaft geprägte Leben der Menschen. Viele sind schon gegangen.

„Hierzubleiben gibt uns die Chance, unsere Gegend zu entwickeln.“ Mutige, fast schon trotzig Worte junger Leute, die bleiben wollen. Raphael Schanz und Philipp Seifert haben sie besucht und in ihrem auf dem Handle Climate Change Film Festival in China mit dem Bronze Award ausgezeichneten Film „Beni Youth“ dokumentiert, wie sie sich gegen die Klimaflucht zur Wehr setzen.

Die Geschichten dreier Protagonisten des Films aus Malawi setzen sich zu einem Gesamtbild zusammen. Bienenzucht, Anbau von Erdnüssen, Kleinkredite, Zweirad-Mechanik – die Jugend in Beni baut sich eine Zukunft auf. Mithilfe der Lutherischen Kirche in Malawi haben sie eigene Projekte entwickelt und umgesetzt.

„Ich möchte im Leben weit kommen. Lasst uns nicht zögern – wir sind die Jugend“, ruft ein junger Mann seine Altersgenossen zum Handeln auf. „Lasst uns zusammenarbeiten, denn wir sind die Kirche“, artikulieren sie selbstbewusst. „Die Jugend kann die Welt verändern und ich glaube auch, dass wir nicht erst morgen, sondern schon heute die Führung übernehmen.“



Aus Film „Beni Youth“ (3)

„Die Jugend kann die Welt verändern und ich glaube auch, dass wir nicht erst morgen, sondern schon heute die Führung übernehmen.“

Zunächst aber tun sie das für sie Nahe-
liegende. „Wir sollten Geld von der Dorf-
Bank leihen und Erdnussamen kaufen.
Mit diesen Pflanzen werden wir Erträge
sehen“, sind sie sich sicher. Die Luth-
erische Kirche in Malawi unterstützt sie
dabei. Das ist ein Teil eines Programms,
mit dem die Kirche zahlreiche diakoni-
sche Projekte für Kinder, Jugendliche
und Erwachsene etwa in den Berei-
chen Gesundheit, Bildung und Nach-
haltigkeit unterstützt. Diese Projekte
kommen nicht nur den Mitgliedern der
Kirche, sondern allen Bewohner*innen
in den jeweiligen Dörfern und Städten
zugute. Sie werden partizipativ und ge-
meinschaftlich entwickelt, geplant und
durchgeführt. Mit Unterstützung von
Projektmanager*innen aus der Kirch-
enzentrale in Lilongwe werden auf diese
Art und Weise auch in Beni verschiede-
ne Aktivitäten umgesetzt. Dazu gehören
Ausbildungsprogramme, Kredit- und
Spargruppen, die Diversifizierung der
Landwirtschaft, Bewässerungssysteme,
Bienenzucht und Baumschulen.

Sich für Geflüchtete zu engagieren, zeigt Wirkung

Drei Regionen, drei Beispiele für Flucht
und Migration, 10 Jahre Projektarbeit:
Entsprechend eines Synoden-Beschlus-
ses der Ev.-luth. Landeskirche Hanno-
vers, einen Beitrag zur Bekämpfung der

Fluchtursachen in Afrika zu leisten, hat
das ELM gemeinsam mit seinen Part-
nerkirchen in Äthiopien, Malawi und
der Republik Südafrika und mit landes-
kirchlichen Sondermitteln 15 Projekte
bezuschusst. Sie entschärfen die Situati-
on zahlreicher Menschen auf der Flucht.

„Diese Projekte haben nach-
gewiesenermaßen das Leben der
Teilnehmer*innen an den Projekten
positiv verändert“, so das Fazit des ELM
nach einer Evaluierung der Projekte.
„Präventionsarbeit und Konfliktbewäl-
tigung sind dabei ebenso von Bedeutung
wie die Reduzierung von Struktur-
defiziten, die Steigerung sozialer und
rechtlicher Sicherheit, Erhöhung des
verfügbaren Einkommens, psychische
Stabilisierung und Beratung. Die Stär-
kung der ökonomischen Rahmenbedin-
gungen sowie Beratung und Maßnah-
men im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe
sind ein Beitrag zur Vision eines Globa-
len Pakts für Geflüchtete und bedeuten
einen signifikanten Beitrag zu einem
,guten Leben‘ für Geflüchtete oder von
Binnenmigration bedrohte Menschen.“

Gesichter hinter den Zahlen

Und denen geben Raphael Schanz und
Philipp Seifert mit ihren Filmen ein
Gesicht. „Wir wollten diese komplexen
Themen Flucht und Migration greifbar

und nahbar machen und menschliche
Geschichten erzählen, sodass es nicht
immer nur um Zahlen geht“, sagt Ra-
phael, „und nicht darum, wie das hier
in Deutschland immer wahrgenommen
wird: Halb Afrika bricht auf und will
nach Europa. Die meisten Menschen, die
fliehen, bleiben in ihrem eigenen Land
oder fliehen ins Nachbarland.“

So wie Nyasha aus Simbabwe oder
Ibrahim Mohammed Hassan in Äthio-
pien. Sie sind auf der Suche nach einem
menschwürdigen Leben, an deren
Anfang auf der Flucht oft ein Kampf
ums Überleben steht und die jedes Jahr
tausendfach mit dem Tod endet. „Das
Thema ist unglaublich relevant und wird
uns die nächsten Jahrzehnte weiter be-
gleiten“, ist sich Philipp Seifert sicher.

Was bleibt ist der Traum von Ibrahim
Mohammed Hassan von einer Welt, in
der alle Menschen gleich sind und in
Frieden leben, unabhängig welcher Eth-
nie sie angehören mögen. Ein Traum,
den das ELM, seine Partnerkirchen und
Unterstützer*innen teilen.

Dirk Freudenthal ist Redakteur beim Ev.-luth.
Missionswerk in Niedersachsen (ELM).

Film-Tipp

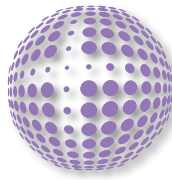
ELM-Film „Beni Youth. Ein Dorf
wehrt sich gegen Klimaflucht“
gewinnt auf dem Handle Clima-
te Change Film Festival in China
den Bronze Award. Mehr zu den
Filmen: [www.elm-mission.net/informieren/mediathek/
trailer-beni-youth-ein-dorf-wehrt-sich-gegen-klimaflucht](http://www.elm-mission.net/informieren/mediathek/trailer-beni-youth-ein-dorf-wehrt-sich-gegen-klimaflucht)



Hinter jedem Menschen

Jede*r von uns könnte einmal zur Flucht gezwungen sein. Unsere Buch-Tipps handeln von der Suche nach einem Leben in Sicherheit und Frieden.





Nachrichten aus Mission EineWelt und den Partnerkirchen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Neue Bischöfin in El Salvador

Guadalupe Cortez de Huevo ins Amt eingeführt

Ein historischer Moment für die Salvadorianische Lutherische Kirche (SLS): Am 12. Januar 2025 übergab Bischof Medardo Gomez den Hirtenstab an seine Nachfolgerin Guadalupe Cortez de Huevo. Damit ging eine Ära zu Ende: Gomez leitete die SLS über 50 Jahre lang. Aufgrund seines intensiven politischen und sozialen Engagements insbesondere während des salvadorianischen Bürgerkriegs wurde er im Jahr 1992 für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen.

Die Installation der Bischöfin fand unter großer nationaler wie internationaler ökumenischer Beteiligung statt. Aus Lateinamerika, aber auch aus den USA, Finnland und Deutschland waren Gäste angereist, unter anderem Bischöfin Mari Leppänen aus der Erzdiözese Turku und Lateinamerikareferentin Kerstin Schönleben von Mission EineWelt als Repräsentantin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

Zusammen mit Bischöfin Guadalupe Cortez wurde am 12. Januar auch eine neue Kirchenleitung in ihr Amt eingeführt, der neben sechs Pfarrer*innen auch eine



Foto: Fernando Rodriguez

Die neue Kirchenleitung der SLS: Adriana Alvarado, Rafael Menjivar, Ivonn Jimenez, Guadalupe Cortez, Christian Chavarría, Concepcion Angel, Arisbe Gomez, Cruz Calles (v.l.n.r.)

Laienvertreterin angehört. Die Mitglieder der neuen Kirchenleitung stehen in den nächsten Jahren vor einigen Herausforderungen. Dazu gehören die wachsende Migration ebenso wie der Mangel an Berufungen. Guadalupe Cortez formuliert als Motto für die kommenden Jahre: Gottes

Volk dienen – im Glauben, mit Liebe und Hoffnung. Die neue Kirchenleitung will neben einer transformativen Diakonie vor allem auf institutionelle Nachhaltigkeit und die besondere Förderung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen setzen.

Kerstin Schönleben

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

selten lagen Verzweiflung und Hoffnung so nahe beieinander wie in diesen Zeiten. An so vielen Orten weltweit werden Menschenrechte missachtet. Natur wird zerstört, und damit die Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Kriege, Unterdrückung, Naturkatastrophen, fatale Klimaveränderungen und Artensterben sind an der Tagesordnung.

Überall auf der Welt sind wir als Christinnen und Christen gefragt: Was bedeutet Bewahrung der Schöpfung, was Nächstenliebe, was Barmherzigkeit?

Was können wir tun im Sinne unseres Evangeliums?

Tatsächlich stehen überall auf der Welt Christinnen und Christen auf, setzen sich ganz praktisch für die Bewahrung der Schöpfung und die Wahrung der Menschenrechte ein. Sie sind mutig und kreativ. Sie lassen nicht nach. Und es entsteht im Kleinen wie im Großen immer wieder wunderbar Schönes.

Das ist es, was uns Hoffnung macht. Im Vertrauen auf Gott und mit seiner Hilfe können wir Gutes bewirken. Im Alltag und manchmal auch darüber hinaus.

Lassen Sie uns nicht verzweifeln, sondern im Sinne der frohen Botschaft des Evangeliums und angedockt an die Kraftquelle unseres Glaubens hoffnungsvoll in die Zukunft gehen.

Ihre und Ihr

Dr. Gabriele Hoerschelmann

DMin Hanns Hoerschelmann

Ein Held des Kahlschlags

Die Kettensägenpolitik des argentinischen Präsidenten Javier Milei



Der argentinische Wirtschaftsexperte Andrés Musacchio bei der Lateinamerikawoche (Fotos: Thomas Nagel)

Der Mann mit der Kettensäge und die Auswirkungen seiner Politik waren eines der zentralen Themen der Lateinamerikawoche in Nürnberg. Gleich am Anfang seines Vortrags über die Politik des argentinischen Präsidenten Javier Milei stellte Andrés Musacchio, Professor für argentinische Wirtschaftsgeschichte an der Universität von Buenos Aires, die Kernfrage: „Wie kommt ein Land dazu, einen Verrückten zu wählen, der sich sogar selbst als solchen bezeichnet?“ Diese Frage könnte man derzeit auch auf andere Länder ausweiten. Milei ist noch nicht einmal die Avantgarde eines grassierenden Ultra-Liberalismus, aber er hat, wenigstens bis zur erneuten Amtsübernahme Trumps in den USA, so etwas wie den Höhepunkt dieser Bewegung verkörpert, deren Protagonist*innen sich wenig Mühe geben, ihrem Handeln wenigstens einen Anschein von Rationalität überzustülpen. Überall wo die Mileis, Trumps und die weiteren nicht ganz so radikalen Apologet*innen des Ultra-Liberalismus regieren oder sich anschicken, das zu tun, ist eine paradoxe Situation zu beobachten: Während sich das liberale Bildungsbürgertum verwundert und ein bisschen ratlos die Augen reibt, wie so etwas passieren konnte, gibt es in großen Teilen der Bevölkerung Zustimmung für eine Politik, die zu ihren Lasten geht.

Um das Phänomen Milei zu erklären und damit seine eigene Frage zu beantworten, holte Musacchio weit aus. Er begann bei der wirtschaftlichen Stagnation in Argentinien ab 2013 zu Zeiten der Regierung

Cristina Fernández de Kirchner, machte weiter mit dem strikt neoliberalen Programm des Konservativen Mauricio Macri, der mit „sehr harten neoliberalen Ideen und Maßnahmen“ und trotz des „größten IWF (Internationaler Währungsfonds)-Kredits aller Zeiten“, der laut Musacchio zu nicht unerheblichen Teilen in privaten Taschen versickerte, die Krise verstärkte. „Negative Lohnentwicklung“ und „mehr Arbeitslosigkeit“ seien die Resultate dieser Politik gewesen, erklärte der Volkswirt und Sozialwissenschaftler. Schließlich wurde 2019 der Peronist Alberto Fernández ins Präsidentenamt gewählt. Doch auch er, führte Musacchio aus, habe es nicht geschafft, „eine Politik durchzusetzen, die zurück zu Wachstum und Transformation der Strukturen hätte führen können“. Faktoren für Fernández' Scheitern seien auch die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine gewesen.

Dann erschien Milei zum ersten Mal in vorderster Front auf der politischen Bildfläche – in Musacchios Worten: „In dieser Zeit tauchte ein Verrückter auf.“ Mit einer harten, polemischen Kampagne gegen Fernández und seine Partei fand Milei schnell Zuspruch und schließlich Mehrheiten. Dabei, erläuterte der Wirtschaftsprofessor, habe sich jener auf die Unterstützung des in den Krisenjahren entstandenen Dienstleistungsprekariats gestützt, dessen Mitglieder um Anerkennung und Gleichstellung mit fest angestellten und tariflich bezahlten Arbeitnehmer*innen kämpften – allerdings in der Weise, „dass die anderen

ihre Rechte verlieren sollten“. Weitere Unterstützung für seine Kahlschlagpolitik habe Milei, der sich bis heute immer wieder symbolträchtig mit Kettensäge im Anschlag präsentiert, bei elitären Gruppen gefunden, die für politische Ansätze stehen, „die noch härter sind als herkömmliche neoliberale Politiken“.

Die Regierungspolitik Mileis ist in vielen Punkten identisch mit dem, was Trump in den USA anstrebt. Der Kettensägen-Mann nannte es „Schocktherapie“. Zwar konnte er seine angekündigten Vorhaben bis jetzt nicht in vollem Umfang durchsetzen, aber hinreichend viel, um gravierende Wirkungen zu erzielen. „Letztlich will Milei die Politik abschaffen“, fasste Andrés Musacchio zusammen. Der argentinische Präsident habe die „Staatsausgaben gekürzt wie noch nie“, wolle auf längere Sicht „den argentinischen Peso durch den Dollar ersetzen“ und „die Zentralbank schließen“. Es gehe „um die Vernichtung der Staatstrukturen“, warnte der Wirtschaftsexperte. Milei reduzierte die Zahl der Ministerien um fast die Hälfte und strich tausende Stellen im öffentlichen Dienst. Zudem, so Musacchio, würden auch Einrichtungen und Institutionen abgeschafft, „die keine Defizite verursachen“, beispielsweise eine über Kinoeintrittspreise finanzierte Agentur für Filmförderung. Auch im Bildungsbereich setzt die Regierung Milei zum Kahlschlag an. Unter anderem wurde im Frühjahr 2024 das Budget der öffentlichen Universitäten um 71 Prozent gekürzt. Einrichtungen wie

48. LateinamerikaWoche

25.1. bis 1.2.2025

das renommierte Argentinische Institut für Agrartechnik (Instituto Nacional de Tecnología Agropecuaria/INTA) wurden geschlossen.

Finanzpolitischer Dreh- und Angelpunkt von Mileis Kettensägenpolitik ist die Bekämpfung der Inflation, die ihm auch in Europa, insbesondere von wirtschaftsliberalen Akteur*innen und Institutionen, zu Gute gehalten wird. Andrés Musacchio hält das für eine Fehleinschätzung. Milei habe zwar die Inflation beinahe halbiert, die Inflationsrate liege aber immer noch über 100 Prozent. Demgegenüber stehe eine schrumpfende Industrie und insgesamt eine fortschreitende Rezession. Profitieren würden lediglich der Finanzsektor, der private Bildungssektor, die Immobilienbranche und der Bergbau, während Industrie, Baubranche, Energieversorgung und Handel sich negativ entwickelten.

Leidtragende dieser ultra-liberalen Politik sind immer größere Teile der Bevölkerung. „Die Armut betrifft jetzt die Hälfte der Bevölkerung“, fasste Musacchio zusammen. Durch steigende Arbeitslosigkeit, hohe Mietpreise und sinkende Löhne steige auch die Zahl der Obdachlosen. Widerstand gegen die Politik Mileis formiere sich erst langsam. „Die Opposition ist gescheitert und wurde nachhaltig diskreditiert“, erklärte der Wirtschaftsexperte, zudem fehle ihr noch immer „ein gemeinsames Projekt“. Die Gewerkschaften würden „versuchen zu verhandeln, um zu retten, was zu retten ist“. Widerstand komme derzeit lediglich von den Studierenden, die um „die Hochschule als Aufstiegsversprechen fürchten“ und inzwischen von „marginalisierten Gruppen“. Knapp über die Hälfte der Bevölkerung glaube jedoch immer noch, ihre Situation werde sich verbessern.

Die Aussichten für die Menschen in Argentinien scheinen düster. In den USA ergreift Donald Trump derzeit ganz ähnliche Maßnahmen. Es bleibt die Frage, warum sich so viele davon überzeugen lassen, dass Profit für Wenige eine gute Idee für alle ist, und bei allem augenfälligen Elend kaum bereit sind, von dieser Überzeugung abzurücken.

Thomas Nagel

Zeitgenössische Kunst und Widerstand in Westpapua/Indonesien

Ausstellung zeigt die Situation in einem weit entfernten Konfliktgebiet

Die Ausstellung „Zeitgenössische Kunst, Kultur und Widerstand in Westpapua“ zeigt, wie die Menschen in Papua mit den Mitteln der bildenden Kunst, der populären Musik sowie mit ihren kulturellen Eigenheiten und traditionellen Praktiken die aufgenötigten Narrative des als fremde Macht erlebten Zentralstaats gewaltfrei bekämpfen. Sie zeigen ihre melanesische Identität, wie sie sich auch andernorts in ganz Neuguinea und auf Pazifischen Inseln findet. Allen abgebildeten Artefakten und Werken ist die Betonung des Eigenen und die Offenlegung des erfahrenen Unrechts gemeinsam. Entstanden ist sie im Herbst 2023 während eines Seminars am Asien-Afrika-Institut der Universität Hamburg, in dem es darum ging, mit den Studierenden das Thema Kunst und Widerstand in Westpapua zu bearbeiten. Da die Konflikte dort in den internationalen Nachrichten kaum erwähnt werden und hierzulande bloß wenige Menschen davon Kenntnis haben, sollte die Sichtbarkeit dieses nahezu ignorierten Geschehens verbessert werden.

Gestaltet wurde die Ausstellung von acht Studierenden. Das Besondere daran ist, dass sechs Studierende aus Indonesien daran mitgewirkt haben, die in Indonesien selbst wenig bis gar nichts über die Situation in Westpapua erfahren hatten und sich jetzt stark engagierten. Und das, obwohl sie selbst noch in Deutschland möglicherweise Repressionen für ihr Engagement fürchten müssen. Dies führte dazu, dass sie ihre jeweiligen Plakate nicht signierten. Die Ausstellung wurde bereits in Hamburg, Wuppertal und Nürnberg präsentiert und tourt momentan durch die Niederlande, wo es eine größere Papua-Diaspora gibt.

Die Ausstellung ist wie folgt aufgebaut: Auf drei Postern ist die Geschichte des Landes dargestellt, zwei beschäftigen sich mit kultureller Selbstbehauptung - dies wird durch das Zeigen der verbotenen Morgensternflagge und das bewusste Einsetzen von Sago (als Grundnahrungsmittel und Lieferant von Material) veranschaulicht. Auf fünf weiteren Postern wird der Wunsch nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sowie das Anprangern von Menschenrechtsverletzungen deutlich. Visuelle Kunst ist dabei vor allem ein Appell an die Außenwelt, und zeitgenössische Musik ist Sprachrohr und Multiplikand für Zugehörigkeit. Die auch in Westpapua problematischen Geschlechterfragen werden durch die Thematisierung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen offengelegt und angeprangert. Die blau-weiß-rote Farbe in Schrift und Hintergrund soll an die Morgensternflagge erinnern, und der Paradiesvogel auf jedem Poster steht für das Land Papua. Einige Poster haben QR-Codes, über die Musik oder kurze Beiträge zu hören sind.

Westpapua

Westpapua, das östlichste Gebiet Indonesiens, das inzwischen in sechs Provinzen aufgeteilt ist, wird seit gut 60 Jahren von politischen Konflikten zwischen den dort lebenden Papuas und dem Staat Indonesien geplagt. Viele Papuas, allesamt Christ*innen, fühlen sich dort existenziell bedroht. Die Auseinandersetzungen haben schon Tausende von Todesopfern gefordert und werden bis heute von schweren Menschenrechtsverletzungen begleitet. Dennoch gehört die Situation in Westpapua zu den vielleicht am wenigsten beachteten Konflikten weltweit.



Dazu hat nicht allein die abgelegene und teils unzugängliche Lage des Gebiets beigetragen, sondern auch, dass die indonesische Regierung ausländischen Journalist*innen, Forscher*innen und Nicht-Regierungsorganisationen den Zugang zu diesem Teil Neuguineas und insbesondere zu den Konfliktzonen versperrt. Erst seit sich das Internet auch dort verbreitet, dringen Nachrichten von brutalen Handlungen und Rechtsbrüchen durch indonesische Militärs und Polizei nach außen.

Alle Versuche, durch friedlichen Protest auf diese Situation aufmerksam zu machen, werden unterdrückt. Und alle Versuche, die Konflikte dialogisch zu lösen, scheitern bislang am Veto Indonesiens. Letztendlich hat diese Haltung dazu geführt, dass vereinzelt Guerillabanden in den Bergen ausharren und dort von Regierungskräften verfolgt werden. Häufig gerät dabei dann die Bevölkerung zwischen die Fronten und muss fliehen. Momentan gibt es mindestens 70.000 Binnenvertriebene, die notdürftig von Kirchen Hilfe erhalten.

Diese Ausgangslage hat zu neuen kreativen Formen kulturellen Protests und Widerstands geführt. Indigene Kunstschaffende nut-

Motive aus dem Plakat ‚Fi Ra Wali‘ (Mein Sago, mein Leben)



Sago-Wald



Sago und Pitpit



Röcke aus Sago-Fasern

Sago ist für viele Ethnien Westpapas das Grundnahrungsmittel. Der Sago-Wald wird von den Indigenen als „Familie“ betrachtet und leidenschaftlich geschützt. Sie lassen sich dabei von der Philosophie ‚Fi Ra Wali‘ (Mein Sago, mein Leben) leiten. Die Betonung dieser Idee bildet ein Gegengewicht zur Strategie Suhartos (Indonesiens zweiter Präsident), der Reis einführen ließ und dafür sorgte, dass seitdem Reisanbau durch die Regierung gefördert wird. Doch Indigene bevorzugen Sago. Zudem liefert Sago Material für die Herstellung von Kleidung und Schmuck. Beides wird heute bei Demonstrationen und selbst im Gerichtssaal getragen, um sich abzuheben von den indonesischen Symbolen, die schon Sukarno (Indonesiens erster Präsident) versucht hatte, den Menschen in Westpapua aufzuzwingen.

zen ihre eigenen Konzepte und Symbole, um die Narrative und die Deutungshoheit des Zentralstaates anzufechten und trotzten so den ungerechten Zuständen mit Hilfe von musikalischen, literarischen, traditionellen und künstlerischen Mitteln.

In Süd-Papua sehen sich die Marind, die Auyu und andere Ethnien durch großflächige Abholzung, auch von Sagopalmen, bedroht. Es sollen Ölpalmpflanzungen und riesige Reisanbauflächen entstehen. Dies würde zwangsläufig die Gebiete der dort

lebenden Papua zerstören und zwingt sie zum Widerstand gegen dieses Vorgehen, um ihren Sago, ihre Lebensgrundlage zu sichern. Statt den Regenwald und die indigenen Gemeinschaften

Jenseits von Grenzen: Dicky Takndare



Diese Graphik zeigt eine Arbeit des Künstlers Dicky Takndare aus seiner „Garden Serie“ von 2020. ‚Mutter Festung‘ symbolisiert das Land, das die Menschen schützt und nährt, und sie ist zugleich einer unsagbaren Gewalt ausgeliefert. Stück für Stück wird sie hinterrücks vernichtet; doch noch steht sie aufrecht, auch wenn ihr sorgenvolles Gesicht die Zukunft bereits düster aussehen lässt.

zu schützen, öffnet die indonesische Regierung das Gebiet für kommerzielle, vielfach auch ausländische Interessen, denen an schnellen, hohen Gewinnen liegt und nicht am Wohlergehen von Umwelt und den Völkern dieses Gebiets.

Dicky Takndare hat eine poetische Erklärung zu diesem Werk publiziert, die das Leid der Papuas veranschaulicht. „Ja, wir konnten wirklich nicht atmen, als die Schärfe ihrer Maschine alle Blätter schnitt, die unser Haus bedeckten. Wir können nicht atmen, wenn unsere Kinder mit euren Kugeln um die Wette rennen müssen; wir können nicht atmen, wenn unsere Kinder geschlagen werden, während sie aus ihrem Gewissen singen; wir können wirklich nicht atmen, wenn das Schwert der Gerechtigkeit uns nicht beschützt, sondern umkehrt, dazu dient uns zu erstechen. Begleitet von Grüßen und Gebeten für alle papuanischen Gefangenen, die angeklagt werden und auf ein Urteil warten, wird Mutter Erde auf jeden Fall ihr Gleichgewicht bewahren, auch wenn sie wiederholt von Ungerechtigkeit getroffen wurde.“

Dicky Takndare sieht sich selbst nicht als politischen Aktivist, obwohl seine Arbeiten offen alle Ungerechtigkeiten in Papua thematisieren. Er sucht nicht die direkte Konfrontation, sondern möchte mit seiner Kunst zum Austausch von Meinungen und Standpunkten anregen. Durch seine Rekonstruktionen, die traditionelle Ideen in zeitgenössische Werke einfließen lassen, sollen Diskussionen zu aktuellen Ereignissen angestoßen werden. Takndare sowie das Künstlerkollektiv Udeido scheuen sich nicht, auch sensible und regierungskritische Themen anzufassen. Alle arbeiten auch einzeln, doch die Arbeit im Kollektiv ist ihnen wichtig, denn Zusammenarbeit und gemeinsame Problemlösungen sind eine papuanische Tradition.

Marion Struck-Garbe

Postkoloniale Theologien in der planetaren Wende

Oder: Eine Tagung zu der Frage, wer eigentlich für die Bäume spricht



Für Buddhist*innen, aber auch indigene Christ*innen ist der Wald ein besonders heiliger Ort. Diese geschmückten Bäume befinden sich in Sikkim, Indien.



In vielen Religionen und Kulturen werden Bäume nicht als unbelebte Natur, sondern als Ort der Geister und Möglichkeit der Verbindung mit Gottheiten interpretiert. Hier eine Kultstätte für Shiva in Sikkim, Indien.



Fotos: Simon Wiesgickl

Viele indigene Gemeinschaften weltweit kennen das Konzept heiliger Wälder. Aus diesem Waldstück in Meghalaya, Indien, darf nichts mitgenommen werden. Für das Volk der Khasi ist es Opferstätte und Touristenattraktion.

Bis gerade eben herrschte noch große Einigkeit auf dem Podium, doch auf einmal wird es spannend: Der Nürnberger Jesuit und Umweltaktivist Jörg Alt moniert, dass im Angesicht der Klimakatastrophe keine Zeit sei, alle Befindlichkeiten zu klären. Dass er es leid sei, zu warten, bis die Stimmen aller Teilnehmenden gehört seien, wo doch die nächste Klimaverhandlung vor der Tür stehe. Dass eine solche Taktik nur den Interessen der großen Konzerne und Regierungen in die Karten spiele. Die Augenbrauen der schwarzen Expertinnen für Nachhaltigkeit gehen nach oben. Später drückt Dorcas Parsalaw von Mission EineWelt ihre Bedenken aus: „Bedeutet die Dringlichkeit der Klimakrise, dass der Kampf gegen die andauernden Schatten des Kolonialismus beiseitegeschoben werden könne?“ Und die soziale Entrepreneurin Priscilla Hirschhausen ergänzt: „Werden hier die Rechte der Natur gegen die Rechte der indigenen Bevölkerungen ausgespielt?“

Zwar gelingt es dem Podium, auf dem die Kuratorin Verena Suchy und die Künstlerin Ulrike Müller-Telschow ebenfalls mitdiskutieren, diese Positionen wieder zu vereinen. Sie machen deutlich, dass es die gleiche Logik ist, die schwarzen Menschen und der belebten Natur ihre Würde abspricht. Und dass es die Aufgabe kritischer Bildung ist, diese Reflexe und Vorstellungen zu verlernen. Doch für einen Moment liegen die Konflikte der verbündeten Aktivist*innen offen und ist das Kernanliegen in einem kurzen Wortgefecht für die Studierenden und interessierten Gäste bloßgelegt.

Unter dem Titel „Postkoloniale Theologien in der planetaren Wende“ hatten der Lehrstuhl für Religionswissenschaft und Interkulturelle Theologie der Friedrich-Alexander-Universität (FAU) Erlangen-Nürnberg und die entsprechende Professur an der Evangelischen Hochschule Nürnberg (EVHN) zu einer Tagung eingeladen. Die zwei intensiven

Tage im Januar waren das Ergebnis eines Kooperationsprozesses, um mit zukünftigen Heilerziehungspfleger*innen, Sozialpädagog*innen und Religionslehrer*innen Methoden zu erarbeiten, wie das Thema Klimagerechtigkeit pädagogisch umgesetzt werden kann. Mit einem Schwerpunkt auf das Anthropozän als Bildungsaufgabe referierten Expert*innen aus Theologie, Politikwissenschaft und Pädagogik. Die Studierenden lauschten nicht nur den Vorträgen, sondern brachten sich mit Methoden zur Reflexion und der praktischen Anwendung des Gelernten mit ein.

Postkoloniale Theologien sind seit längerer Zeit auch in der deutschen Theologie angekommen und haben wichtige Fragen aufgeworfen: Wer spricht für die Unterdrückten und Marginalisierten? Welche Bilder und Stereotype haben wir, und wie lassen sich diese offenlegen und verlernen? Wie prägen Machtkonstellationen den interreligiösen und interkulturellen Dialog? - Diese Fragen haben zu ei-

ner Selbstkritik der Kirchen im Globalen Norden geführt. Viele Diskussionen um Mission und Kolonialismus wurden dadurch angestoßen, wie der Direktor von Mission EineWelt, Hanns Hoerschelmann, in einem Grußwort ausführte. Mit der Klimakatastrophe kommen neue Impulse hinzu: Was folgt aus dem massiven Artensterben, dem Rückgang natürlicher Habitate und der Klimakatastrophe der Erderwärmung? Wie kann die menschliche Gemeinschaft die Stimmen ihrer Mitwelt hören und welche Rolle kann theologische Bildung dabei spielen?

Der Dogmatiker Stefan Silber von der Universität Vechta berichtete von Lernprozessen der katholischen Kirche im Rahmen ihrer Amazonassynode. Die Teilnehmenden hätten sich dort dem „Sturm des Heiligen Geistes“ ausgesetzt und sich in Respekt und Ehrfurcht vor den nicht-menschlichen Wesen geübt. Für viele indigene Völker im Amazonasgebiet sind Flüsse, Berge und Wälder Teil ihrer Familie. Einen vom Bergbau zerstörten Flusslauf zu verlassen, komme für sie nicht in Betracht. Vielmehr könne man von den Indigenen lernen, sich auf den schwierigen Prozess einzulassen, den Globus gemeinsam zu flicken. Dieses Bild einer planetaren Schicksalsgemeinschaft eignete sich auch für die pädagogischen Überlegungen der Professorin Kathrin Winkler von der EVHN. Sie beschrieb die besondere Aufgabe der religiösen Bildung vom Kindergarten bis in die Kirchengemeinden als Einübung in transformatives Denken. Gerade das Christentum, das jedes Jahr aufs Neue die Geburt eines kleinen, verletzlichen Babys als Ereignis feiert, das die Welt verändern kann, habe hier Po-

tenzial. Zuerst gehe es darum, eingeübte Sichtweisen zu verlernen, neu zu hören, welche Rituale und Praktiken indigene Gemeinschaften kultiviert haben, um in Kontakt mit nicht-menschlichen Akteuren zu kommen. Immer wieder wurden im Verlauf der Tagung Beispiele vorgestellt, wie Bäume als Teil der indigenen Gemeinschaft verstanden werden. Und welche Wege Aktivist*innen und Schriftsteller*innen gefunden haben, um nicht-menschliche Stimmen hörbar zu machen. Dass solche Gedanken auch Teil der Auslegungspraxis der Bibel sein können, machte der Mainzer Neutestamentler Ruben Zimmermann deutlich. Im letzten Buch der Bibel, der Offenbarung des Johannes, ist die Rede von einem Baum, dessen Blätter die Völker heilen werden (Offb 22,2). Eine ökologische Auslegungspraxis zielt darauf ab, den Baum nicht als Objekt zu verstehen, sondern ihn als Subjekt wahrzunehmen und gemeinsam mit dem Baum eine Gemeinschaft zu bilden. „Die erste Aufgabe ist es, sich von traditionellen Formen der Bibelinterpretation zu lösen. Man muss mit einer Brille des Verdachts kritisch an die bisherigen Deutungen herangehen. Dann kann man neue ökologische Wege einüben.“, beschrieb Zimmermann diese Methode. Dies führt zu überraschenden Entdeckungen in der Bibel. Bei aufmerksamer Lektüre treten einem das Rauschen des Windes, das Wogen der Ähren, der Gesang der Vögel, das Rascheln der Blätter und vieles mehr als Manifestationen des Heiligen Geistes entgegen.

An dieser Stelle wurde jedoch auch das Potenzial postkolonialer Theorieansätze deutlich. Obwohl diese inzwischen auch kritisch gesehen werden, scheinen sie

doch aus zwei Gründen unverzichtbar zu sein, wie die Politikwissenschaftlerin Nikita Dhawan von der Uni Dresden ausführte. Zum einen bieten sie eine philosophisch fundierte Kritik der Aufklärung und ihrer verhängnisvollen Betonung der menschlichen Vernunft zulasten anderer Lebewesen. Auf der anderen Seite stellen sie jedoch auch ein wichtiges Korrektiv dar für romantische Verklärungen indigener Gemeinschaften. Wo diese als in Harmonie mit der Natur lebende „Edle Wilde“ beschrieben werden, ist wenig gewonnen. Stattdessen bleiben die Einsichten der Aufklärung, ihre Betonung der Würde und Vernunftbegabtheit jedes Lebewesens wichtig. Wo die Aufklärer diesen universellen Anspruch nur reichen weißen Männern zugestanden hätten, gelte es heute, die Rechte aller Lebewesen zu berücksichtigen. Damit schließt sich der Kreis zur Podiumsdiskussion und aktuellen Fragen: „Wie setzen wir das um? Was sind die ersten Schritte? Was bedeutet das für meinen Alltag und meinen Religionsunterricht?“ An dieser Stelle großes Nicken als die Diskutierenden gemeinsam zusammentragen: Kurzfristig ist es sinnvoll, sich in Verzicht zu üben. Weniger zu konsumieren, mehr zu reparieren und selbst zu gestalten. Darüber darf jedoch das mittelfristige Ziel eines politischen und gesellschaftlichen Wandels nicht aus den Augen verloren werden. Und dieser hat auch mit dem Verlernen gruppenbezogener Privilegien zu tun. Eine Konzentration nur auf die Sphäre des Einzelnen greift zu kurz. Weiße Menschen müssen sich auf den Weg machen. Und langfristig ist es unser aller Ziel, von den Bäumen zu lernen und ihren Stimmen zu lauschen.

Simon Wiesgickl

Wer wir sind - Wo wir sind - Wie wir arbeiten - Was wir tun

www.mission-einewelt.de

Besuchen Sie die neue Webseite von
Mission EineWelt!



Wenn es uns bewegt!

Mission
EineWelt



Vier Jahre Atomwaffenverbotsvertrag

Der Vorstand des Pazifik-Netzwerks zieht Bilanz

Am 22. Januar 2025 war es vier Jahre her, dass der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) in Kraft trat. Neun pazifische Inselstaaten (Fidschi, Kiribati, Palau, Samoa, Vanuatu, Niue, Tuvalu, Nauru und Cook Islands) sowie Neuseeland (mit Tokelau) gehören zu den 50 Staaten, mit deren Ratifizierung der Verbotsvertrag in Kraft treten konnte. Seitdem sind auch Randstaaten des Pazifiks wie Indonesien, Ost-Timor, Malaysia, die Philippinen und Vietnam beigetreten, zuletzt auch die Solomon Islands.

Im Gegensatz zu früheren Verträgen über Atomwaffen enthält der Verbotsvertrag auch einen Artikel, in dem es um Hilfe für Menschen geht, die durch den Einsatz oder die Erprobung von Kernwaffen geschädigt worden sind. In Artikel 6 geht es um die medizinische Versorgung, Rehabilitation und psychologische Unterstützung für Personen, die vom Einsatz von Atomwaffen im Kriegs- und Testfall betroffen sind (dies umfasst auch geschädigte Nachkommen) und um die Sanierung von radioaktiv verseuchten Gebieten. Allein im Pazifik sind nach Ende des Weltkriegs etwa 315 Atombombentests durchgeführt worden.

Deutschland ist, wie auch viele andere Staaten, in denen Atomwaffen lagern, dem Verbotsvertrag bis jetzt nicht beigetreten. Der Vertrag verbietet den Mitgliedstaaten, Kernwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren und zu besitzen. Außerdem sind die Weitergabe, die Lagerung und der Einsatz sowie die Androhung des Einsatzes verboten. Darüber hinaus verbietet es der Vertrag, solche Aktivitäten zu unterstützen, zu fördern oder einen anderen Staat dazu zu bewegen, diese Handlungen zu unternehmen. Weiterhin ist den Staaten die Stationierung von Kernwaffen auf eigenem Boden untersagt. Deshalb müsste die Bundesregierung bei Unterzeichnung des AVV die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland beenden. Dazu sieht sich die Bundesrepublik als NATO-Mitgliedsstaat



Foto: Alexander Philipp

Mission EineWelt-Direktor Hanns Hoerschelmann Anfang 2021 zur Feier des Inkrafttretens des AVV

nicht in der Lage. Aktuell ist vorgesehen, bis zu 20 modernisierte US-Atombomben mit einer Sprengkraft von 80 Hiroshima-Bomben ab 2025/26 in Büchel/Rheinland-Pfalz zu lagern.

Die Bundesregierung hat aber wenigstens Beobachter zu den bisherigen Vertragsstaatenkonferenzen in Wien und New York geschickt und dort zuletzt auch eine indirekte Unterstützung zugesichert: So sind aus Mitteln des Auswärtigen Amtes Mitte 2024 drei Projekte nach Artikel 6 des AVV bewilligt worden. In zwei Projekten davon geht es um ‚Nuclear Justice and Gender in the Sea of Islands‘. Konkret werden sich ein Doktorand aus Māo‘hi Nui (Französisch-Polynesien) und eine Doktorandin, die derzeit in Fidschi arbeitet, unter anderem mit generationenübergreifenden Gesundheitsfragen und den sozio-ökologischen Auswirkungen von Kernwaffen-

tests in Französisch-Polynesien und ihrer Wechselwirkung mit dem Klimawandel sowie mit Strategien des Widerstands, der Resilienz und des Überlebens beschäftigen.

Anfang März ist in New York die dritte Vertragsstaatenkonferenz geplant. Es ist eine weitere Gelegenheit für die Bundesregierung, auch dem AVV beizutreten. Um langfristig Sicherheit und Frieden auch im Pazifikraum, wo momentan die geopolitischen Spannungen zunehmen, zu sichern, müssen die Militärstrategien der beteiligten Atomwaffenstaaten dort hinterfragt werden. Zumindest ein Verzicht auf nukleare Erstschläge ist längst überfällig. Deutschland könnte dies unterstützen. Die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN und weltweit Hunderte andere Initiativen, darunter das Pazifik-Netzwerk, fordern das schon lange.

Der Vorstand des Pazifik-Netzwerks e.V.

Erster Spatenstich in Ilesai

KELC, Habitat und MEW bauen eine Schule

In der Gemeinde Ilesai im County Kajiado in Kenia wird eine neue Grundschule gebaut. Am 22. Januar vollführte Johnson Kutuk Ole Johnes Meliyo, Bischof der Kenianischen Evangelisch-Lutherischen Kirche (KELC) den ersten Spatenstich. Das Gebäude soll zwei Klassenzimmer für insgesamt 80 Schüler*innen, zwei Toiletteneinheiten, Büros und eine Kantine umfassen. Draußen kommen noch eine Umzäunung sowie ein Brunnen mit solargespeisten Elektropumpen und zwei Wasser-Kiosks dazu.

Die Finanzierung kommt zum großen Teil aus einer Einzelspende an Mission EineWelt in Höhe von 120.000 Euro. Für Planung und Umsetzung des Bauvorhabens haben sich die KELC, Habitat for Humanity Kenya und Deutschland sowie Mission EineWelt zusammengetan.

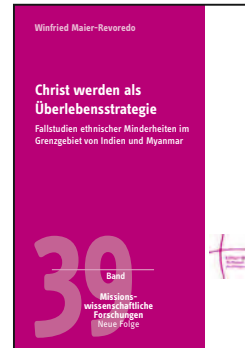
Laut Katrin Kaufmann, Referentin Organisationen, Kirchen bei Habitat Deutschland, werden sich die Baukosten am Ende auf 190.000 bis 200.000 Euro belaufen.
Thomas Nagel



Johnson Kutuk Ole Johnes Meliyo, Bischof der KELC (vorne), beim ersten Spatenstich für den Schulbau in Ilesai

Foto: Naserian Kantel

Erhältlich unter www.erlanger-verlag.de
oder in jeder Buchhandlung



Winfried Maier-Revoredo

Christ werden als Überlebensstrategie

Fallstudien ethnischer Minderheiten im Grenzgebiet von Indien und Myanmar

248 Seiten

ISBN: 978-3-87214-373-0 (Softcover-Ausgabe) - Preis: 24,80 Euro

ISBN: 978-3-87214-636-6 (E-Book-Ausgabe-pdf) - Preis: 21,99 Euro

Die Studie „Christ werden als Überlebensstrategie“ geht dem Phänomen auf den Grund, warum in Nordostindien und im Westen des angrenzenden Myanmar sich eine ganze Reihe von Völkern dem Christentum zugewandt hat, diese Region heute also eine der wenigen in Asien mit einer christlichen Mehrheit bildet. Minutiös zeichnet Autor Winfried Maier-Revoredo die Geschichte dieser Völker in den letzten 200 Jahren und die Entwicklung des dortigen Christentums nach. Dabei stützt er sich nicht nur auf umfangreiches Quellenmaterial, sondern auch auf eigene Feldstudien vor Ort in Myanmar und einen intensiven Austausch mit Theologen aus dieser Region. Er kommt dabei zu erstaunlichen Schlüssen, die immer wieder gängigen Vorstellungen von der Genese des Christentums im Globalen Süden widersprechen.



www.erlanger-verlag.de

Mission EineWelt NEWS

Zeitschrift von Mission EineWelt - Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

Herausgeber: Dr. Gabriele und DMin. Hanns Hoerschelmann

Verantwortlicher Redakteur i.S.d.P.: Thomas Nagel

Redaktion „Mission EineWelt News“: Thomas Nagel

Redaktionssekretariat: Alexandra Nießlein

Redaktionsadresse: „Mission EineWelt News“, Centrum Mission EineWelt, Postfach 68, 91561 Neudettelsau; Tel. 09874 9-1031, Fax: 09874 9-3180; E-Mail: medien@mission-einewelt.de, Internet: www.mission-einewelt.de

Layout: Daniela Denk

Druck: MHD Druck und Service, Harnsstr. 6, 29320 Hermannsburg

Bankverbindung:
Evangelische Bank eG; IBAN: DE12 5206 0410 0001 0111 11; BIC: GENODEF1EK1

Bezugspreis: Die Zeitschrift EineWelt erscheint vier Mal jährlich, Jahresbezugspreis 18 Euro, Einzelheft 4,50 Euro, Auslandspreise auf Anfrage

Die Zeitschriften der Kooperation Missionspresse werden auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt, die CO₂-Belastung durch den Druck wird durch Kompensationszahlungen an klimaschonende Projekte ausgeglichen.



n steht eine Geschichte



Nach der Flucht

von Ilija Trojanow

Nein, Trojanows bereits 2017 erschienener schmaler Band liest sich nicht mal so nebenbei weg. Wir haben es hier auf nicht mal 130 Seiten mit einem Werk zu tun, das die Zerrissenheit der Fluchterfahrung poetisch und gleichsam präzise seziert. Entstanden ist ein Mosaik aus Erinnerungen, Verlusten und Hoffnungsschimmern, das die Brüche und das tastende Suchen der Figuren in vielen kleinen Abschnitten lebendig macht. Dabei spiegeln diese immer auch Trojanows eigene Geschichte wider. Entstanden ist dabei keine abgeschlossene, schlank erzählte Geschichte. Trojanow zeichnet vielmehr einen Zustand nach, der das Leben der Geflüchteten prägt und aus dem zu fliehen ihnen nicht gelingen will – ein ständiges Hin und Her zwischen dem Zurückgelassenen und dem Noch-nicht-Gefundenen. Das Buch macht eindrücklich klar: Von Flucht Betroffene sind kein zu lösendes Problem. Es sind Menschen.

Verlag: S. Fischer, 128 Seiten,
ISBN 978-3-10-397296-2

Inside Moria

von Katrin Glatz Brubakk, Guro Kulset Merakerås

Katrin Glatz Brubakk, norwegische Kinderpsychologin und engagierte evangelische Christin, hat – unterstützt von der Journalistin Guro Kulset Merakerås – eine Chronik des größten in Europa geschaffenen Flüchtlingslagers auf Lesbos verfasst. Sie legt dabei den Fokus konsequent auf die Verletzlichsten der Geflüchteten: die Kinder. Ihr Buch, das auf der Grundlage von Notizen zu Therapiegesprächen, Interviews, Social Media Posts und Tagebucheinträgen entstand, umspannt die Zeit zwischen Sommer 2015 und Frühjahr 2024. Manchmal sind die Berichte über das, was Kinder auf ihrer Flucht erlitten haben, kaum auszuhalten. „Inside Moria“ ist eine Erinnerung daran, dass alle Menschen ein verbrieftes Recht darauf haben, Asyl und Schutz vor Verfolgung und Gewalt zu beantragen – und ihr Antrag gerecht und entsprechend internationaler Menschenrechtskonventionen bearbeitet werden muss.

Verlag: Westend, 367 Seiten,
ISBN 978-3-86-489436-7

Das Ende ist nah

von Amir Gudarzi

Aus einem Künstler wird ein Flüchtling. Aus Bewunderung wird Verachtung. In seinem Debütroman schildert Amir Gudarzi die Geschichte von A. Während der Proteste im Iran 2009 muss er sein Land verlassen. Der junge Mann flieht vor dem iranischen Regime, denn er hatte religionskritische Texte und Theaterstücke geschrieben. Seine Flucht bringt ihn nach Österreich. Hier ist er der Sprache, die ihm so wichtig ist, beraubt und wird, weil er ein Flüchtling ist, immer wieder gedemütigt. Als er Sarah trifft, die sich in ihn verliebt, könnten sich die Dinge zum Besseren wenden. Aber können sie das wirklich? Nah an der eigenen Biographie ist Amir Gudarzi mit seinem Debüt ein dichtgewobener und mitreißend geschriebener Roman gelungen: Ein Roman über Fremdheit, Mut, Durchhaltewillen, Liebe und die Macht der Sprache – voller literarischer Kraft.

Verlag: dtv, 416 Seiten,
ISBN 978-3-423-29034-0

1x
zu gewinnen
siehe Rätsel

Flucht – Eine Menschheitsgeschichte

von Andreas Kossert

„Jeder kann morgen ein Flüchtling sein“ – so beginnt Andreas Kossert sein Buch. Zu allen Zeiten, an allen Orten der Erde, erlebten und erleben Menschen Herabsetzung, Ausgrenzung, Gewalt und fliehen oder werden vertrieben. Diese Menschen stehen im Mittelpunkt des Buches und die Betroffenen kommen selbst zu Wort. Kossert zeigt eindringlich, was die von Menschen gemachten nationalen, religiösen oder ethnischen Unterschiede auslösen können und wie sie letztlich angesichts des universellen Leids der Flucht in den Hintergrund treten. Der Bogen spannt sich von biblischen Überlieferungen bis zur Gegenwart. Wir lesen von Fakten und Geschichten über das Weggehen, Vertrieben-Werden, die Verbannung, das Ankommen und das Weiterleben „danach“. Vom „Phantomschmerz“ der Heimatlos-Gewordenen und der Kraft, die dem Heimweh und der Erinnerung entspringt.

Verlag: Siedler, 432 Seiten, ISBN 978-3-8275-0091-5

Migration von Philip Parker, John Farndon, Mireille Harper, George Swainston, Yuka Maeno, Shafiq Meghji, Chitra Ramaswamy, Phillip Tang, Ben White, Oliver Domzalski

Um dieses Buch zu lesen, braucht man einen Tisch. Es ist nämlich groß und schwer. Diese äußerlichen Attribute sind dem Thema des Buches aber durchaus angemessen. Es beschreibt die Wanderbewegungen der Menschheit von ihren Anfängen bis heute. Mit über 500 farbigen Abbildungen, großformatigen Fotos, Karten und Illustrationen versteht es sich selbst als ein weltgeschichtlicher Überblick, ein Nachschlagewerk, das die vielfältigen freiwilligen und unfreiwilligen Gründe für Migration sowie ihre historischen und aktuellen Zusammenhänge erklärt. Wir erfahren etwa, wie Migration unsere moderne Welt geprägt hat und wie aktuelle Fluchtbewegungen sie weiter beeinflussen. So weitet es den Blick auch für die Herausforderungen unserer Zeit. Es ist auch inhaltlich ein großes Buch.

Verlag: DK, 296 Seiten, ISBN 978-3-8310-4799-4

1x
zu gewinnen
siehe Rätsel

Ein Problem löst

Indonesische Bäuer*innen sehen sich mit wachsenden Herausforderungen beim Bewirtschaften ihrer Böden konfrontiert. Ein uraltes Rezept, das schon die Inkas kannten und anwendeten, verspricht ganz praktische Hilfe.

Frau Purwantini und die Bäuerinnen-Gruppe, die sie leitet, haben ein Problem: Die Böden, die sie auf Sulawesi bewirtschaften, bringen immer weniger Erträge. Sulawesi ist eine der über 17.500 Inseln, aus denen Indonesien besteht. Und sie war auch eines der Ziele, die Teil des zwei Jahrzehnte währenden Umsiedlungsprogramms des indonesischen Staats waren. Denn nicht alle Inseln Indonesiens sind gleichermaßen oder überhaupt bewohnt.

Um den Bewirtschaftungsdruck von bevölkerungsstarken Inseln wie etwa Java oder Bali zu nehmen, rief der indonesische Staat bereits Ende der 1960er Jahre eine frühe Form des Transmigrations-Programms ins Leben, an dem auch Frau Purwantini mit ihrer Familie vor rund 40 Jahren teilnahm. Die Purwantinis wurden im Südosten Sulawesis in Uepai angesiedelt. Auch ihre Nachbar*innen im Dorf und aus der weiteren Umgebung kommen nicht ursprünglich von hier. Sie alle haben die Chance genutzt, als Transmigrant*innen umgesiedelt zu werden. Denn Teil des

Mit einfachen Mitteln können Reisspelzen und andere trockene Bioabfälle von den Bäuer*innen zu Pflanzenkohle verkocht werden. Der Vorgang braucht mehrere Stunden.



sich in Rauch auf

Programms ist es, dass jede teilnehmende Familie vom Staat zwei Hektar Land zur eigenen Bewirtschaftung geschenkt bekommt. Die eine Hälfte wird in der Regel für den Anbau von Nassreis und die andere für Trockenanbau von Obst, Gemüse und weiteren Feldfrüchten genutzt. Dabei spielt der Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für die Menschen nur eine untergeordnete Rolle. In erster Linie geht es darum, die Familie selbst zu ernähren. Doch genau das wurde in den letzten Jahren immer schwieriger.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Nicht immer bekommen die Umsiedler*innen Flächen zugewiesen, die für eine langfristige landwirtschaftliche Nutzung geeignet sind, weil sie vielleicht von der Beschaffenheit oder ihrer Lage nicht optimal sind. Ein permanent intensiver Anbau begünstigt zudem die Bodendegradation und -erosion. Hinzukommen extreme Wetterphänomene, die bei großer Dürre, die Böden und alles, was darauf wächst, ausdorren lassen und wiederum bei zunehmend heftigeren und länger andauernden Regenfällen in der hügeligen Landschaft Sulawesis fruchtbare Bodenschichten mitreißen und ins Meer spülen. Für die Menschen Sulawesis, die sich überwiegend von Subsistenzwirtschaft ernähren, muss es, wenn sie auch mit einer wachsenden Anzahl von Familienmitgliedern weiterhin davon leben wollen, also darum gehen, die Bodenfruchtbarkeit nicht nur wiederherzustellen oder zu erhalten, sondern sie im Idealfall sogar zu erhöhen. Aber wie kann das gelingen? Das fragen sich

auch die Bäuerinnen aus Uepai. Und da hat Frau Purwantini eine Idee.

Als praktizierende Christin ist Purwantini Teil der GEPSULTRA-Kirche (Protestantische Kirche in Südost-Sulawesi), die auch ihre Bäuerinnen-Gruppe unterstützt. Diese Kirche wiederum ist eine Mitgliedskirche der Evangelischen Mission in Solidarität (EMS) und deren ehemaliger Indonesien-Referent Hans Heinrich hat einen agrar-ökonomischen Hintergrund und würde bald die Kirche besuchen. Ihn will Frau Purwantini fragen, ob er vielleicht Ideen hat, die ihnen helfen können, mit diesen Herausforderungen besser umzugehen. Und das tut sie dann, auch im Namen ihrer Gruppe. „Ich fand es faszinierend, von den Bäuerinnen gefragt zu werden. Aber ich wollte es nicht dabei belassen, ihnen nur Ideen zu bringen, sondern möglichst auch ganz praktisch auf die Probleme reagieren. Ich habe mich darum auf die Suche nach Lösungsmöglichkeiten begeben“, erinnert sich Hans Heinrich an die Anfrage vor rund zwei Jahren. Aus dieser Reise, die eigentlich seinen Abschied in den Ruhestand bezeichnen sollte, wird der Anfang eines neuen Projekts für die Region. Denn tatsächlich findet Hans Heinrich etwas, das das Potenzial hat, die Lage der Bäuer*innen auf Sulawesi maßgeblich zu verändern: Die Herstellung und Nutzung von Pflanzenkohle.

Dabei ist Pflanzenkohle (engl. Biochar) eigentlich ein uraltes Mittel, um Böden fruchtbarer zu machen und deren Fruchtbarkeit zu erhalten. Schon die Inkas nutzten sie, und auch in Deutschland gilt ihre Anwendung als ökologischer Weg für die Verbesserung

der Bodenqualität und wird etwa in der Permakultur angewendet. Der Nutzen für die indonesischen Bäuer*innen, nicht nur auf Sulawesi, ist jedoch um ein Vielfaches höher als hierzulande. Die Böden dort sind in der Regel größeren Extremen ausgesetzt und profitieren von der Einbringung von Pflanzenkohle ins Erdreich auf besondere Weise. Denn Pflanzenkohle speichert Nährstoffe, Luft, Wasser und CO₂ im Boden. Lehmmige Böden werden wasserdurchlässiger, sandige Böden können Wasser besser halten, und auch Mikroorganismen und Würmer haben es durch die Pflanzenkohle leichter, sich im Boden anzusiedeln und so die Nährstoffversorgung der Pflanzen zu sichern.

Theoretisch hat Hans Heinrich also mit Pflanzenkohle eine potenzielle Lösung für die entweder schnell trockenfallenden oder sehr lehmigen Böden Sulawesis gefunden. Doch wie lässt sich das für die Kleinbäuer*innen praktisch umsetzen? Denn fertige Pflanzenkohle zu kaufen, ist wirtschaftlich keine Option. Es musste also in dem neu entstandenen Projekt vor allem darum gehen, Wege zu finden die Pflanzenkohle möglichst einfach und kostengünstig selbst herzustellen. Das betrifft nicht nur die Technik, sondern auch geeignete Startmaterialien.

Pflanzenkohle entsteht durch die thermische Zersetzung von Biomasse, also durch einen möglichst sauerstoffarmen Brennvorgang (Pyrolyse), bei dem eine vollständige Verbrennung verhindert wird. Für Hans Heinrich war jedoch klar, auch das Ausgangsmaterial für die Pflanzenkohle sollte idealerweise leicht verfügbar und kostenfrei sein. Was als

Biomasse gut geeignet ist und für die Pyrolyse verwendet werden kann, zeigte sich schon bald bei einem Blick auf die Nutzflächen der Bäuer*innen: Kokosnussschalen, Kaffee- und Kakaoschalen, Maiskolben, Reisspelzen und viele andere Formen organischen Abfalls von Früchten und Gemüse.

Nachdem also ein passendes und in ausreichender Menge vorliegendes Ausgangsmaterial gefunden war, war der nächste Schritt in der Projektgruppe, die Technik der Pyrolyse zu erlernen und mit einfachen leicht zugänglichen Methoden und Materialien durchzuführen. Zunächst experimentierte die Gruppe mit Ölfässern. Doch die Metallbehälter waren für die großen thermischen Belastungen der Pyrolyse nur bedingt geeignet und verschlissen bereits nach nur wenigen Einsätzen. Ein Kostenfaktor, der mittelfristig für die Kleinbäuer*innen zur Belastung werden könnte. Daher mussten weitere Umsetzungsmöglichkeiten erdacht und ausprobiert werden.

Wieder war es der Blick auf die Gehöfte, der einen passablen Lösungsansatz brachte. Was dort in den meisten Fällen bereits herumliegt und nur darauf wartet, einen neuen Einsatzzweck zu finden, ist Wellblech. Denn Wellblech wird in der Regel zum Dachdecken benutzt, und wenn es anfängt zu rosten, gegen neues ausgetauscht. Das alte Wellblech ist aber meist noch da und kann aufgerollt werden und als Kamin fungieren. „Das herauszufinden, war der erste Schritt, das Verkoken der Ausgangsmaterialien, noch einfacher zu gestalten, indem man sie schlicht aufschichtet“, erklärt Hans Heinrich die Fortschritte der Projektgruppe. „Je nach Ausgangsmaterial ist es sogar möglich, den Wellblechkamin ganz wegzulassen und ein 80 Zentimeter tiefes Loch mit etwa einem Meter Durchmesser zu graben und nach und

nach schichtweise trockenes Material aufzulegen, durch das die Flammen gut nach oben ziehen können.“

Doch bevor die so gewonnene Pflanzenkohle in den Boden der Beete und Felder eingebracht werden kann, muss ein weiterer Schritt gelernt und beachtet werden: Das „Aufladen“ der Pflanzenkohle. „Die Bäuer*innen müssen verstehen, dass es sich bei der Pflanzenkohle als solche, nicht um einen Dünger handelt“, führt Hans Heinrich aus. „Im Gegenteil: Bringt man unaufgeladene Kohle in den Boden ein, tritt sie sofort in Konkurrenz zu den Pflanzen und entzieht dem Boden die Nährstoffe und die Feuchtigkeit, bis sie selbst gesättigt ist.“ Die Aufladung der Kohle kann mit Mist von Nutztieren in Verbindung mit Wasser, mit Urin oder pflanzlichen Brühen erfolgen. Nach etwa drei bis vier Tagen ist die Biochar dann einsatzbereit.

Eine weitere Möglichkeit ist, die Pflanzenkohle auf einem Komposthaufen mit einzugraben. Der Vorteil bei dieser Methode ist, dass die Pflanzenkohle in einem Arbeitsschritt mit dem Kompost auf die Ackerflächen aufgebracht werden kann und diese auch schon durch Mikroorganismen bewohnt ist. Das Aufladen auf diese Weise braucht jedoch Zeit, mindestens drei bis vier Monate. Und gerade das langfristige Planen erfordert von den meisten Bäuer*innen Indonesiens, laut Hans Heinrich, häufig ein Umdenken: „Sie sind bislang eher kurze Abstände zwischen Saat und Ernte gewohnt. Und kurzfristige Lösungen kann man von der Pflanzenkohle nicht erwarten. Die Effekte zeigen sich etwa zwischen ein bis drei Jahren.“

Inzwischen hat Hans Heinrich auch mit den gewonnenen Erkenntnissen der ersten Projektgruppe viele weitere interessiert Bäuer*innen auf Sulawesi geschult und auch die Bäuer*innen selbst dienen als Multiplikator*innen und

geben ihr Wissen untereinander weiter. Ein zusätzlicher Aspekt, den Heinrich zunächst gar nicht als so dominant eingeschätzt hatte, hat zunehmend für die Menschen an Bedeutung gewonnen: Die Fähigkeit der Pflanzenkohle, CO₂ im Boden zu speichern. Viele der in der Pflanzenkohle-Herstellung und -Anwendung geschulten Personen erfüllt es mit Stolz, auf diese Weise ihren Beitrag zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen beizutragen, erleben sie die Auswirkungen des Klimawandels doch hautnah mit.

Projekt-Mitbegründer Hans Heinrich wünscht sich für die Zukunft der Menschen Sulawesi, dass sie durch die Nutzung der neuen-alten Technik der Bodenverbesserung durch Pflanzenkohle auch zukünftig sich und ihre Familien mit ihrem Land ernähren können. Und auch Frau Purwantini blickt zuversichtlich in die Zukunft, denn der Einsatz von Pflanzenkohle zeigt auf ihrem Land bereits Wirkung: „Eine bessere Lösung für mein Problem hätte ich mir kaum wünschen können.“

Tanja Stünkel



Podcast-Tipp

Tanja Stünkel spricht im EMW-Podcast „Zeit für Mission“ mit Hans Heinrich über das Projekt, das Potential von Pflanzenkohle im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels und darüber, welche Rolle kirchliche Strukturen in Indonesien bei der Umsetzung einer solchen Initiative spielen. mission-weltweit.de/podcast





In speziellen Trainings lernen die Bäuer*innen auf Sulawesi jeden Schritt der Pflanzenkohlegewinnung. Kokosnussschalen und Reisspelzen sind eine gute Kombination. Beides ist leicht zu beschaffen. Die Reisspelzen haben zudem die optimale Größe. Die aus ihnen gewonnene Pflanzenkohle hat ideale Maße für die Weiterverarbeitung.



Hans Heinrich (2)

Die Bäuer*innen müssen die gewonnene Pflanzenkohle mit reichlich Wasser ablöschen, um zu verhindern, dass Glutnester im Innern weiter schwelen. Denn sonst kann es passieren, dass der Verbrennungsprozess weitergeht und die Pflanzenkohle doch noch vollständig verbrennt und zu Asche wird.

Verrat an den Schwachen und Versagen der Starken

Die Pazifischen Inselstaaten kämpfen seit Jahren an vorderster Front der Klimakrise – und für Gerechtigkeit. Doch auf der COP29 in Baku wurden ihre Forderungen erneut überhört. Während die Klimaverhandlungen der Staaten sich im Kreis drehen, tragen die verletzlichsten Gemeinschaften die schwerste Last. Die Schere zwischen globalen Versprechen und der harten Realität vor Ort klafft weiter auseinander.

Seit bald 30 Jahren kommt die Weltgemeinschaft auf den Klimakonferenzen der Vereinten Nationen zusammen. Trotzdem sind die Treibhausgase seitdem deutlich gestiegen, 2024 war ein neues Rekordjahr. Und so ging es in Baku, Aserbaidschan, wo eigentlich die Formulierung eines gemeinsame Finanzierungsziels zur Unterstützung von ärmeren Ländern im Kampf gegen die

Klimakrise im Mittelpunkt stand, auch wieder um die Frage, wie CO₂-Emissionen gesenkt werden können und der Ausstieg aus den Fossilen gelingt.

Fossile Geschenke Gottes?

Aserbaidschans Präsident Aliyev machte direkt zum Start der Klimakonferenz deutlich, dass das Gastgeberland kaum



Interesse an einem Fossil-Ausstieg und einer echten Energietransformation hat und bezeichnete Öl und Gas als „wertvolle Geschenke Gottes“. „Jede natürliche Ressource, sei es Öl, Gas, Wind, Sonne, Gold, Silber, Kupfer, all das sind natürliche Ressourcen. Man sollte den Ländern nicht vorwerfen, dass sie sie haben, und man sollte ihnen nicht vorwerfen, dass sie diese Ressourcen auf den Markt bringen“, so der Staatschef direkt zu Beginn der zweiwöchigen Verhandlungen. Ein Statement, das nicht nur bei vielen anwesenden Regierungsdelegationen für Unmut sorgte, sondern auch Kirchen auf der ganzen Welt auf den Plan rief. Kirchliche Organisationen engagieren sich seit Jahrzehnten in den Klimaverhandlungen und fordern Klimagerechtigkeit für die Menschen, Gemeinschaften und

Länder, die am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Das kirchliche Engagement und die politischen Forderungen ergeben sich aus ihrem Glauben selbst als auch aus weltweiten Partnerschaften und den langjährigen Erfahrungen in der humanitären Hilfe und der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

„Öl, Kohle und Gas sind in der Tat ein Geschenk Gottes. Gott hat der Menschheit jedoch anvertraut, die Schöpfung zu bewahren und sie nicht auszubeuten“, so Julius Mbatia, Klimaaktivist aus Kenia in einem Statement des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK).

Der Start der Klimaverhandlungen war zu diesem Zeitpunkt misslungen, es blieb aber die Hoffnung, dass ein ambitionier-

tes, bedarfsorientiertes Finanzierungsziel die Konferenz zu einem Erfolg macht.

Klimafinanzierung: zu wenig, zu spät

Die COP in Aserbaidschans Hauptstadt Baku wurde als „Finanz-COP“ angekündigt, als entscheidender Moment, um die riesigen Lücken in der internationalen Klimafinanzierung zu schließen. Am Ende wurden im Zuge der Konferenz jedoch nicht nur keine angemessenen Finanzmittel bereitgestellt, es gab auch kaum Fortschritte bei zentralen Themen wie dem Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe, dem Ausgleich von Schäden und Verlusten (Loss and Damage) oder dem Just-Transition Umsetzungsplan.



Schweigend, aber kraftvoll. Da lautstarke Demonstrationen auf der COP in Baku untersagt waren, blieb zivilgesellschaftlichen Organisationen nur diese Form des Protests.

Das neue Ziel für die Klimafinanzierung – 300 Milliarden US-Dollar jährlich bis 2035 – basiert in hohem Maße auf Krediten statt auf Zuschüssen, was Länder im Globalen Süden, die der Klimakrise in besonderem Maße ausgesetzt sind, weiter in die Verschuldung treibt. Schlimmer noch, diese Zahl ist kaum mehr als das seit langem versprochene, inflationsbereinigte Ziel von 100 Milliarden US-Dollar jährlich. Staatliche und zivilgesellschaftliche Delegationen hatten jährlich mindestens eine Billion US-Dollar gefordert – wissend, dass selbst dies viel zu gering angesetzt ist.

Die pazifischen Inselstaaten allein sehen sich bereits jetzt mit klimabedingten

Kosten in Höhe von 140 Milliarden US-Dollar jährlich konfrontiert, einer Zahl, die bis 2030 – so Prognosen der Weltbank – droht auf eine Billion US-Dollar anzusteigen. Obwohl im Jahr 2023 auf der COP28 ein Fonds für Schäden und Verluste eingerichtet wurde, bleibt seine Funktionsweise undurchsichtig, und es gibt kaum Anzeichen dafür, dass er den Bedürfnissen der pazifischen Gemeinschaften gerecht wird.

Keine Menschenrechtsgarantien

Ein wichtiger Absatz des Beschlusstextes, der sicherstellt, dass die Klimafinanzierung und die damit durchgeführten

Maßnahmen die Menschenrechte achtet, schützt und fördert sowie geschlechtergerecht ist, wurde in der zweiten Woche der COP29 aus dem Text gestrichen. Damit wurde auch die Garantie gestrichen, dass die bereitgestellten Mittel tatsächlich denjenigen zugutekommen, die sie am meisten benötigen. Das formulierte, viel zu geringe, Finanzierungsziel von 300 Milliarden US-Dollar verweist auf die Einbeziehung der Privatwirtschaft sowie die zentrale Rolle der multilateralen Entwicklungsbanken. Beide Sektoren sehen sich sehr häufig dem Vorwurf ausgesetzt, dass ihre Maßnahmen lokalen Gemeinschaften eher schaden als nützen, dass Menschenrechte verletzt



Emissionen runter, Klimafinanzierung rauf!
Dylan Kava vom Pacific Islands Climate Action Network hat eine klare Botschaft für die Delegationen in Baku.

Jan Ringel

und Ökosysteme in Mitleidenschaft gezogen werden. So bleibt unklar, ob die Folgemaßnahmen zur Umsetzung des neuen Finanzierungsziels zukünftig menschenrechts- und genderbasiert implementiert werden.

Don't hate the game, hate the player

Das Ergebnis der COP29 ist ein Verrat an den Schwachen und das Versagen der Starken in den internationalen Verhandlungen. Dabei ist, anders als oft zu hören und lesen ist, nicht der multilaterale Prozess gescheitert. Die Konferenz selbst oder die Durchführung im Öl- und Gasland Aserbaidschan waren nicht das entscheidende Problem. Verantwortlich für das fehlende Tempo, die geringen Ambitionen und letztendlich die völlig unzureichenden Finanzmittel sind die industrialisierten Staaten. Ihre mangelnde Bereitschaft, Zusagen einzuhalten und angemessene finanzielle Unterstützung bereitzustellen, untergräbt die Grundsätze der Gleichheit und Gerechtigkeit, die dem Pariser Abkommen zugrunde liegen, und verschiebt die Last der Klimaschutzmaßnahmen weg von denjenigen, die am meisten für die globale Krise verantwortlich sind.

Die UN-Klimaverhandlungen endeten also ohne ein ehrgeiziges Klimafinanzierungsziel, ohne konkrete Pläne zur Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad Celsius und ohne die dringend benötigte umfassende Unterstützung für die Anpassung an den Klimawandel sowie für Schäden und Verluste.

Aber der Kampf für Klimagerechtigkeit endet nicht in Baku. Er verlagert sich auf andere Schauplätze, an denen die Klimabewegung, Umwelt- und Entwicklungsverbände, Kirchen und Staaten einen transformativen Wandel



Valter Hugo Muniz/WCC

Als „Finanz-COP“ war die Klimakonferenz in Aserbaidschan angekündigt worden. Doch die riesigen Lücken in der internationalen Klimafinanzierung bleiben auch nach dieser COP – zu Lasten der Länder im Globalen Süden.

vorantreiben. Die Anhörungen für das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zum Klimawandel (ICJ – Kampagne) und die Initiative zum Vertrag über die Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe (Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty) – beides Initiativen, die von pazifischen Staaten angeführt werden – geben Anlass zur Hoffnung.

Während die ganze Welt mit der sich verschärfenden Klimakrise kämpft, bleibt die Botschaft des Pazifiks unmissverständlich. „Unsere Zukunft liegt allein in den Händen der Industrienationen“, so Maina Talia, Klimaminister von Tuvalu in Baku. Die Weltgemeinschaft und insbesondere der Globale Norden müssen sich dieser Verantwortung stellen und dafür sorgen, dass die Stimmen

derjenigen, die an vorderster Front der Klimakrise stehen, nicht länger ignoriert werden, sondern Gehör finden, wieder den moralischen Kompass bilden und zu echten Veränderungen führen.

Jan Pingel ist Koordinator des Ozeanien-Dialogs und war bei der COP29 in Baku dabei.

Mehr erfahren


Ozeanien-Dialog



Der Ozeanien-Dialog stärkt pazifische Stimmen in Europa und setzt sich mit Nichtregierungsorganisationen und Kirchen in Ozeanien aktiv für Ressourcen- und Klimagerechtigkeit sowie Menschenrechte ein.
www.ozeanien-dialog.de

Kanaky: Der lange Weg zur Freiheit

Die Eskalation der Gewalt in Neukaledonien hat tiefe historische Wurzeln. Zwischen dem Drang nach Unabhängigkeit des indigenen Volks der Kanak und den geopolitischen Interessen Frankreichs spitzt sich der Konflikt immer weiter zu. Warum das auch ein Thema für die Kirchen im Pazifik ist, erklärt James Bhagwan.



Das Volk der Kanak will selbstbestimmt leben und kämpft für die Ablösung von Frankreich. Darin unterstützt wird die indigene Bevölkerung auch von der Pazifischen Konferenz der Kirchen.

Im Mai 2024 eskalierte ein langwährender Konflikt in Frankreichs südpazifischem Überseegebiet Neukaledonien. In Paris tagte der Sicherheitsrat, Präsident Macron verhängte den Ausnahmezustand. Pastor James Bhagwan, Generalsekretär der Pazifischen Konferenz der Kirchen, spricht über die Ursachen, die Rolle der Kirche und den ungebrochenen Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung.

Warum eskalierte die Gewalt im Mai 2024 in Neukaledonien?

Die Unruhen haben eine lange Vorgeschichte. Neukaledonien gehört zu Frankreichs sogenannten südpazifischen Territorien, die es Ende des 19. Jahrhunderts kolonisierte. Die französischen Überseegebiete machen rund 70 Prozent des französischen Seeterritoriums aus. Das Volk der Kanak, so heißt die indigene Bevölkerung Neukaledoniens, hat sich immer gegen die Fremdherrschaft gewehrt, auch als das Volk nach Ende des Zweiten Weltkriegs die französische Staatsbürgerschaft erhielt. In den 1980er Jahren verstärkte sich der Drang nach Unabhängigkeit

und brachte eine Reihe von Protesten, die zu politischer Gewalt führten. Kanaky, so nennen wir Neukaledonien, stand kurz vor einem Bürgerkrieg. 1988 gelang eine erste Einigung zwischen den Menschen in Kanaky, den politischen Parteien und dem französischen Staat. Dieses Matignon-Abkommen und weitere bereiteten den Weg in die Unabhängigkeit. Man muss bedenken, dass die Vereinten Nationen die beiden französischen Gebiete Kanaky und Maui Nui, also Französisch-Polynesien, in ihre Liste der zu entkolonisierenden Länder aufgenommen hatte.

Warum kam es nicht zur Unabhängigkeit?

Als Ergebnis dieser Abkommen erkennt die französische Verfassung den Weg Neukaledoniens zur Selbstbestimmung an. Drei Referenden sollten über die Unabhängigkeit gehalten werden. Beim ersten Referendum Ende 2018 stimmten etwa 43 Prozent für die Unabhängigkeit, 57 Prozent dagegen. Das war ein Schock für die Französ*innen. Das zweite Referendum fand 2020 während der Coronapandemie statt. 47 Prozent waren für die Unabhängigkeit. Das dritte Referendum war für 2022 angesetzt, aber die französische Regierung zog es ein Jahr vor. 2021 befand sich das Volk der Kanak aber noch in seinem traditionellen Trauerjahr für die an Covid-19 verstorbenen Menschen. In unserer Kultur sind diese Traditionen tief verwurzelt. Der Termin war eine Respektlosigkeit.

Gab es keinen Widerspruch?

Natürlich riefen das Volk der Kanak, die Kirchen und die Zivilgesellschaft der ganzen Welt nach einem Aufschub des Referendums. Frankreich reagierte aber nicht. Das Ergebnis war, dass das Volk sich nicht an der Wahl beteiligte. Die Wahlbeteiligung lag bei unter 44

Prozent, die überwältigende Mehrheit stimmte für den Verbleib zu Frankreich. Hätten die Nichtwähler*innen abgestimmt, wäre es zur Unabhängigkeit gekommen. Die Unzufriedenheit schwelt also seit 2021. Hinzu kommt das zunehmende Einkommensgefälle zwischen der indigenen und der französischen Bevölkerung, die in Neukaledonien für höhere Tarife arbeitet. Die französische Regierung ist nicht bereit, sich auf weitere Referenden einzulassen. Stattdessen wollte sie im Frühjahr 2024 die Verfassung so ändern, dass mehr französische Bewohner*innen Neukaledoniens an den Provinzwahlen teilnehmen können. Das war der Auslöser. Im März hatten Proteste sehr friedlich begonnen, aber als sich die Lage mit Frankreich zuspitzte, brach die Gewalt aus.

Was genau sollte am Wahlgesetz geändert werden?

Bisher dürfen in Neukaledonien nur die französischen Bürger*innen an den

Provinzwahlen teilnehmen, die bereits 1998 wahlberechtigt waren, plus deren Nachkommen. Nach dem neuen Gesetz sollten alle Französ*innen wählen dürfen, die mehr als zehn Jahre in Neukaledonien leben. Dieses Gesetz würde die Wähler*innenschaft erweitern und das Volk der Kanak womöglich in die Minderheit drängen. Damit würde sich auch der Unabhängigkeitsprozess verändern.

Welche Vision verfolgt das Volk der Kanak?

Das größte Ziel der Menschen in Kanaky ist das Ende der Kolonialisierung. Die indigene Bevölkerung hat jede Form von Rassismus erlebt, die Sie sich vorstellen können. Solange Neukaledonien zu Frankreich gehört, werden die Menschen nicht selbstbestimmt leben können. Wenn sie ihre eigenen Lebensmittel essen wollen, ist das teurer, als importierte Ware zu kaufen. Das Volk der Kanak verliert seine Kultur, seine Werte, seinen Zusammenhalt. Meine



Demonstrant*innen in Koné, der Hauptstadt der Nordprovinz, fordern die Übernahme der Nickelfabrik von Vale durch ein neukaledonisches Unternehmen (in Joint Venture mit einem südkoreanischen Metallverarbeiter), um der indigenen Bevölkerung ein stärkeres Mitspracherecht in diesem Bergbauprojekt zu ermöglichen.

Heimat Fidschi ist unabhängig. Hier gibt es auch ein großes Gefälle innerhalb der Bevölkerung, aber wir sind frei. Wir leben unsere eigene Kultur, Werte und Traditionen. Das Konzept der Selbstbestimmung besagt, dass Menschen in einem Land das Recht haben, das Schicksal ihres Volkes selbst zu bestimmen. Dieses Recht wollen sie endlich für sich in Anspruch nehmen.

Warum hält Frankreich an seinen Überseegebieten fest?

Neukaledonien ist ein wichtiger Militärstützpunkt für Frankreich, gerade jetzt, wo sich die Weltlage verändert. Das birgt viele Gefahren für die Menschen vor Ort. Sie haben aber kein Mitspracherecht. Alles wird von Paris aus geregelt. Die Provinzregierung hat einen gewissen Grad an Autonomie, muss aber auf Geld aus Frankreich warten, damit sie tun kann, was sie tun will. Sie kann ihre Finanzen nicht selbst regeln. Das Volk der Kanak kann nicht als pazifische Menschen leben. Wir Menschen im Pazifik sind Teil des blauen pazifischen

Kontinents, des flüssigen Kontinents. Wir haben Beziehungen, die weit über Politik hinausgehen. Wir haben tiefe Bindungen, die durch jahrhundertelange Reisen entstanden sind. Wir sind alle miteinander verbunden, aus Tonga, Fidschi, Kanaky, Polynesien. Das Volk der Kanak wird aber darauf reduziert, französische Staatsbürger*innen zu sein. Das geht nicht.

Welche Rolle spielt die Kirche in dem Entkolonisierungsprozess?

Die Evangelische Kirche von Kanaky Nouvelle-Calédonie unterstützt seit Langem das Recht auf Selbstbestimmung und Freiheit. Im Buch Exodus fordert Gott Moses auf, zum Pharao zu gehen und zu sagen: „Lass mein Volk ziehen!“ Solange Menschen von anderen unterdrückt werden, wird das immer die Aufgabe der Kirche sein. Viele unserer Unabhängigkeitsführer*innen im Pazifik kamen aus der Kirche. Der erste Premierminister von Vanuatu, Sir Walter Lini, war ein anglikanischer Priester. Er unterstützte den Unabhängigkeits-

kampf nicht nur gegen Großbritannien, sondern auch gegen Frankreich. Er sagte, Melanesien und der Pazifik seinen nicht frei, solange Kanaky nicht frei sei. Diese Idee haben wir pazifischen Kirchen auf Französisch-Polynesien und Westpapua ausgeweitet. Die Rolle der Kirche ist sehr wichtig im pazifischen Raum. Wir müssen unsere Gemeinschaften unterstützen.

Warum engagiert sich die Pazifische Konferenz der Kirchen (PCC) vor den Vereinten Nationen?

Unsere Aufgabe ist, den Unterdrückten eine Stimme zu geben. Wir stehen solidarisch hinter unseren pazifischen Geschwistern. Als Vertreterin der Kirchen im Pazifik haben wir vor dem Vierten Ausschuss der Vereinten Nationen und dem Sonderausschuss für Entkolonialisierung gesprochen. Dort haben wir vor allem Französisch-Polynesien unterstützt, den Entkolonisierungsprozess zu beschleunigen. Im Jahr 2022 habe ich zum ersten Mal im Namen von Kanaky gesprochen, um unseren Bericht über das gescheiterte Referendum abzugeben. Damals herrschte eine Ausgangssperre in Neukaledonien. Die Grenzen waren geschlossen, niemand konnte ausreisen. Also reisten wir im Namen unserer Kirche und der Menschen vor Ort, die uns gebeten hatten, ihre Botschaft zu übermitteln.

Wenn sie aber die Möglichkeit haben selbst zu sprechen, müssen wir ihnen diese Chance geben. Im vergangenen Oktober sollte ich wieder nach New York fliegen, um das Volk der Kanak vor dem Vierten Ausschuss der UN zu unterstützen. Sie wollten einen jungen Vertreter mitnehmen, hatten aber kein Geld, weil die französische Regierung dem Kanak-Senat zurzeit keine Mittel überweist. Ich habe dann mein Flugticket abgetreten, damit der junge Senator mitreisen konnte.





Graffiti an einer Häuserwand im Stadtviertel Ducos in Nouméa: gegen die Neokolonialisierung des Landes und das Aufweichen der Wähler*innenschaft.

Matthias Kovasch

Wie war das Ergebnis?

Die französischen Loyalist*innen wollten vor dem UN-Ausschuss die politischen Kräfte verurteilen, die die Unabhängigkeit fordern. Dort trafen sie nun aber auf Vertreter*innen der indigenen Gemeinschaft, die ihre Standpunkte über ihre verbrieften Rechte kundtaten. Das war immens wichtig, denn die Behauptungen der Loyalist*innen erwiesen sich als falsch. Nun wird der Senat der Kanak nach Genf zum UN-Menschenrechtsrat reisen, um dort seine Rechte der Indigenen einzufordern. Selbstverständlich unterstützen wir sie dabei.

Wie verstehen Sie Ihre Rolle als Generalsekretär der PCC?

Wir sind alle Verbündete. Unsere Aufgabe als Kirche ist, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern, die um ihre Freiheit kämpfen. Aus christlicher Per-

spektive beziehe ich mich hier auf das Johannesevangelium. In Kapitel 10, Vers 10 heißt es: „Ein Dieb kommt nur, um zu stehlen, zu schlachten und umzubringen. Ich bin gekommen, damit sie das Leben haben und volle Genüge.“ Ich frage mich also: Wie können wir dafür sorgen, dass die Menschen nicht nur überleben, sondern wirklich aufblühen? Was bedeutet es für unsere Gemeinschaften, zu gedeihen? Wenn das der Aspekt der Herrschaft Gottes ist, von dem wir hier auf der Erde sprechen, dann liegt das in unserer Verantwortung.

Meine Rolle bei all dem ist, Gespräche zu erleichtern, um unsere Mitgliedskirchen und deren Angehörige zu unterstützen. Dafür habe ich in der PCC die Methodik der drei Ps entwickelt: das Prophetische, das Pastorale und das Praktische. Das Prophetische bezieht sich auf unsere Lobbyarbeit, die aus Aktivismus wie aus diplomatischen Ge-

sprächen, Netzwerkarbeit und so weiter besteht. Wir müssen aber auch pastoral sein und sicherstellen, dass wir uns vor Ort um die Menschen kümmern, um ihre Seelen, ihr Wohlbefinden. Das bedeutet auch, dass wir uns mit Menschen, die leiden, solidarisch zeigen und dafür sorgen, dass wir das Mitgefühl für diejenigen fördern, die kämpfen und leiden. Drittens müssen wir ganz praktisch sicherstellen, dass das, was wir tun, eine positive Wirkung auf das Leben der Menschen im Pazifikraum hat. Das behalten wir im Blick, ob es nun um die Unabhängigkeit von Kanaky oder Westpapua geht oder um die Herausforderungen durch den Klimawandel, geschlechtsspezifische Gewalt, Kinderschutz oder die Bewahrung der Schöpfung und der Umwelt.

Das Gespräch führte Constanze Bandowski. Die freie Journalistin aus Hamburg hat James Bhagwan auf Fidschi getroffen.

Jetzt bestellen!
www.demh.de

Die Welt mit anderen Augen sehen

Kleine Weltkarte

»Peters-Projektion«



Nur der Globus stellt die Erde wirklichkeitsgetreu dar. Jede zweidimensionale Übertragung bewirkt ein Zerrbild. Kartographen müssen Kompromisse suchen. Die führen bei der am meisten verbreiteten Mercator-Projektion zu einer Verzerrung der Größenverhältnisse: Die Länder nördlich des Äquators erscheinen größer als sie sind.

Die flächentreue Weltkarte ist ein Denkanstoß, denn sie stellt die Größenverhältnisse der Kontinente richtig dar. Dafür hat ihr Entwickler, der Bremer Historiker Prof. Dr. Arno Peters, bewusst Nachteile in Kauf genommen: Die Form der Kontinente weicht von der Wirklichkeit ab, auch Entfernungsmessungen sind nicht möglich.

Aber: Die Peters-Projektion regt zum Nachdenken an, die wahren Größenverhältnisse unserer Erde zu erkennen – z. B., dass die Industrieländer des Nordens im Vergleich zum „Rest der Welt“ nur den geringeren Teil einnehmen. Noch mehr Stoff zum Nachdenken: Die Karte hat zwei Seiten. Die Peters-Projektion, gewohnt mit dem Norden oben, und auf der Rückseite die Welt, nach Süden ausgerichtet. Eine Idee des Australiers Stuart McArthur, die verblüfft. Aber falsch ist sie nicht, denn im Weltraum gibt es kein Oben und Unten.

Ab sofort auch als kleinere Karte verfügbar! Maße: 594 x 420mm



Große Weltkarte
1290 x 835 mm

Kleine Weltkarte
594 x 420 mm

Jetzt bestellen!: info@demh.de | www.demh.de

KOLUMNE



privat

Preety Paluri

ist Dozentin am Luther W. New Jr. Theological College in Indien. Sie ist Promotionsstipendiatin des Senate of Serampore College in Indien und im Zuge ihrer Promotion auch Kurzzeitstipendiatin an der Missionsakademie in Hamburg.

Nepal, das eng mit Indien verbunden ist, blickt auf eine lange Geschichte der Migration zurück, die durch wirtschaftliche Not, politische Instabilität und Umweltprobleme ausgelöst wurde. Der Vertrag über Frieden und Freundschaft (1950) zwischen Nepal und Indien erleichterte die uneingeschränkte Freizügigkeit und ebnete den Nepalis den Weg, sich in Indien niederzulassen. Im Laufe der Jahrzehnte wurde Indien mit seinen durchlässigen Grenzen und seinem Bedarf an Arbeitskräften zu einem wichtigen Ziel für nepalesische Migrant*innen.

Die soziopolitische Landschaft Indiens erschwert diese Migration jedoch. Identitätsbasierte Politik, ethnische Spannungen und die Wahrnehmung als „Außenseiter*innen“ schaffen ein Umfeld, in dem nepalesische Migrant*innen häufig an den Rand gedrängt werden. Trotz kultureller Ähnlichkeiten haben sie oft mit einem gebrochenen Zugehörigkeitsgefühl zu kämpfen, gefangen zwischen ihrem nepalesischen Erbe und ihrer Lebenswirklichkeit in Indien.

In einer Zeit zunehmender globaler Migrationskrisen findet die Notlage der nepalesischen Migrant*innen Widerhall in breiteren Diskussionen über menschliche Mobilität, Klimaverschiebung und globale Ungleichheit. Ihre Erfahrungen erfordern eine theologische und politische Reaktion, die Würde, Gerechtigkeit und Inklusion in den Vordergrund stellt.

Die Migrationstheologie betont Gottes Gebot, sich um Fremde zu kümmern (3. Mose 19,34; Matthäus 25,35-40). Dieser ethische Auftrag fordert die Gemeinden in Indien heraus, die nepalesischen Migrant*innen mit Gerechtigkeit und Mitgefühl aufzunehmen. Theolog*innen wie

Gustavo Gutiérrez betrachten die Migration als einen Raum, in dem Gottes Gegenwart in den Leiden und Kämpfen der Marginalisierten am greifbarsten ist.

Obwohl nepalesische Migrant*innen oft mit Ausgrenzung und Ausbeutung konfrontiert sind, sind sie als Arbeitskräfte unverzichtbar. Von der Landwirtschaft bis hin zu Sicherheitsdiensten prägen sie die sozioökonomische Landschaft. Dennoch bleiben diese Beiträge oft unerkannt, was ihre Lage noch verschärft.

Glaubensgemeinschaften in Indien könnten sich eine Theologie der Gastfreundschaft zu eigen machen und Kirchen und Gemeinschaftsräume in Zufluchtsorte für Migrant*innen verwandeln. Das Eintreten für eine integrative Arbeitspolitik und kulturelle Anerkennung könnte auch die systemische Ausgrenzung bekämpfen. Dies deckt sich mit der Vision des Migrationstheologen Daniel G. Groody, der Migration als eine Einladung sieht, die globale Solidarität neu zu denken.

Im Kern geht es bei der Migration also nicht nur um das Überschreiten von Grenzen, sondern um die Überwindung geografischer, sozialer und spiritueller Barrieren. Nepalesische Migrant*innen in Indien sind ein Beispiel für die Widerstandsfähigkeit vertriebener Gemeinschaften und für die tiefe theologische Wahrheit, dass Gott mit denen reist, die auf der Flucht sind, und Vertreibung in eine Pilgerreise der Hoffnung verwandelt.

Flucht als Pilgerreise der Hoffnung

Über die Missionsakademie

Weltweite Ökumene

An der Missionsakademie werden Stipendiat*innen aus Asien, Afrika und Lateinamerika begleitet, die sich in einem theologischen Promotionsstudium an der Universität Hamburg befinden. Mehr erfahren: www.missionsakademie.de



Ein umkämpftes

1948 legte die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte den Grundstein für universelle Werte wie das Asylrecht. Angestoßen durch die Schrecken des Krieges, bleibt ihr Vermächtnis bis heute ein Wegweiser und eine Herausforderung – auch für die Kirchen.

Am 10. Dezember 1948, gerade einmal dreieinhalb Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, proklamierte die Generalversammlung der Vereinten Nationen in Paris im Rahmen ihrer 183. Plenarsitzung feierlich die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR), das mit seinen 30 Artikeln bis heute wichtigste Menschenrechtsdokument der Weltgemeinschaft.

48 Staaten hatten dieser Charta zuvor zugestimmt. Gegenstimmen gab es keine, aber dafür acht Enthaltungen. Bereits zweieinhalb Jahre zuvor, gleich zu Beginn der allerersten Tagung der UN-Generalversammlung am 10. Januar 1946 in London, forderten Delegierte aus mehreren Ländern vehement die Erarbeitung eines derartigen Grundlagen-Dokuments. Dieses sollte durch individuelle Menschenrechtsgarantien den Gründungsvertrag der Vereinten Nationen ergänzen – die UN-Charta vom 26. Juni 1945, in der es um die Beziehungen der beteiligten Staaten untereinander, um die Beilegung bewaffneter Konflikte sowie um die Organe und Funktionsprinzipien der neugegründeten Weltorganisation ging.

Der anhaltende Schock über die Brutalität des Zweiten Weltkriegs, das Entsetzen über die Menschheitsverbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands und seiner Verbündeter,

die nie dagewesene Perversion von Gesetzen und Verwaltungshandeln mit der Konsequenz, Millionen Menschen völlig schutz- und rechtlos zu machen, lieferten mehr als genug Anstoß, um eine derartige Charta zu schaffen.

Es war eine couragierte Frau, die mit beeindruckendem strategischem Geschick und großer Beharrlichkeit die Aufgabe übernahm, die Erarbeitung einer Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte voranzutreiben: Eleanor Roosevelt, Witwe des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt, Vorkämpferin für die Rechte der Frauen in den USA und seit 1946 Botschafterin der Vereinten Nationen in der neugegründeten UN-Menschenrechtskommission. Dort leitete sie den Redaktionsausschuss der Charta und war die treibende Kraft, um trotz des bereits voll entbrannten „Kalten Kriegs“, eine Kontinente, Kulturen und religiöse Orientierungen übergreifende, breite Zustimmung der UN-Vollversammlung für die berühmte UN-Resolution 217 A (III) und die weltweite Anerkennung der Menschenrechte – einschließlich der Forderung nach ihrer Durchsetzung – zu erreichen.

Zentraler Bestandteil dieser UN-Menschenrechtserklärung ist ihr Artikel 14, der genauso kategorisch wie feierlich feststellt: „Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.“ Gerade bei

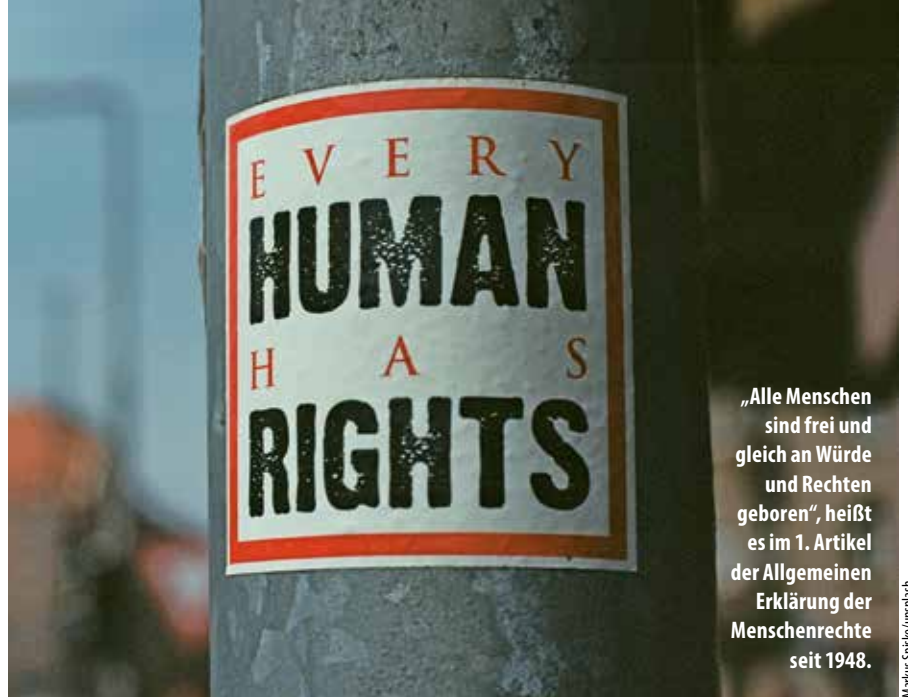
diesem Thema bildete der Zweite Weltkrieg mit der bis dahin gewaltigsten Flucht- und Vertreibungserfahrung in der Geschichte den allgegenwärtigen Referenzrahmen. Alle, die an dieser Charta arbeiteten, wussten sehr genau, was es mit dem gewaltsamen Zurückdrängen von verfolgten, schutzsuchenden Menschen an einer Grenze auf sich hat! Unter denen, die da im Redaktionsausschuss um Formulierungen rangen, waren Menschen, die wie der französische Delegierte und Jurist René Cassin als Jude mit dem allerletzten Schiff, das Frankreich 1940 Richtung London verlassen konnte, entkommen war, während 29 seiner Angehörigen ermordet wurden.

Trotzdem gab es erbitterten Streit um die Aufnahme dieses Artikels in die Charta und um seine Formulierung. Einige der vorgebrachten Argumente erinnern dabei stark an die aktuellen Debatten in Deutschland und in der Europäischen Union über die Aufnahme von Flüchtlingen. So sprachen sich etwa die britischen Delegierten gegen ein zu weitreichendes Asylrecht aus, weil sie fürchteten, dadurch eine starke Einwanderungsbewegung in das Vereinigte Königreich auszulösen, die es unbedingt zu verhindern gelte. Die am Ende gefundene Kompromissformulierung mit dem Recht darauf, „Asyl zu suchen und zu genießen“, bedeutete zunächst eben genau nicht, dass

Ideal

Regierungen und staatliche Institutionen verpflichtet sind, Verfolgten dieses Asyl und den damit verbundenen Schutz tatsächlich auch zu gewähren. Hier schufen erst das „UN-Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ vom 28. Juli 1951 – besser bekannt als Genfer Flüchtlingskonvention – und das dazu 1967 verabschiedete Ergänzungsprotokoll – mit der Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten, Flüchtlingen Schutz in ihrem Land zu bieten, auch individuell einklagbare rechtlichen Garantien.

Wie sehr das Leid von Millionen Menschen, die Opfer von Verfolgung, Vertreibung und Flucht wurden, nach 1945 auch die Kirchen beschäftigte, wurde bei der Gründungsversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), die vom 22. August bis 4. September 1948 in Amsterdam stattfand, überdeutlich. Neben der Suche nach Einheit unter den Christ*innen und dem – extrem schmerzhaften – Ringen um Versöhnung unter den Völkern ging es bei den Beratungen auch ganz praktisch um Hilfe für Millionen Flüchtlinge in Europa. Auch in Amsterdam waren Menschen beteiligt, die politische Verfolgung am eigenen Leib erfahren hatten, wie der reformierte Theologe und Pastor Marc Boegner, eine der prominentesten Persönlichkeiten des französischen Widerstands während der Besetzung Frankreichs durch das Nazi-Regime, der Niederländer und spätere langjährige ÖRK-Vorsitzende Willem Visser 't Hooft, während der NS-Zeit Verbindungsmann zur Bekennenden Kirche und der Widerstandsgruppe „Kreisauer Kreis“, oder auch der Bischof



Markus Späke/unsplash

der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Hanns Lilje, der Gestapo-Haft und eine Verurteilung durch den Volksgerichtshof unter seinem berüchtigten Vorsitzenden Roland Freisler überlebt hatte. Deshalb war es dann auch nur konsequent, dass die Amsterdamer ÖRK-Gründungsversammlung die Vereinten Nationen in Vorbereitung ihrer ein Vierteljahr später stattfindenden Pariser Plenarsitzung dringend aufforderte, die Menschenrechte – und damit den Schutz von geflüchteten und vertriebenen Menschen – in einer Charta universal zu verankern.

Wie kompliziert und voller Widersprüche das Engagement für Geflüchtete vor allem in den evangelischen Kirchen im zerstörten Deutschland war, zeigt eine Episode aus den ersten Nachkriegsmonaten: Als im August 1945 im nordhessischen Treysa bei der ersten gesamtdeutschen Kirchenkonferenz nach dem Ende der Nazi-Herrschaft nicht nur die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) gegründet wurde, sondern mit dem „Hilfswerk der Evangelischen Kirche“ auch eine der Vorgängerorganisationen des späteren Diakonischen Werks entstand, war das Mandat für diese Institution klar: Die Arbeit der evangelischen Kirchen zur Unterstützung und Integration von 12 Millionen deutschstämmiger Flüchtlinge, Vertriebener

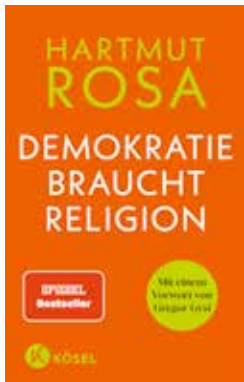
und Kriegsheimkehrer*innen zu organisieren und dafür Mittel zu beschaffen. Von den anderen 10,8 Millionen entwurzelten Menschen – euphemistisch „Displaced Persons“ (DPs) genannt –, die sich vier Monate nach der Befreiung von der Nazi-Herrschaft im Land befanden, war in Treysa nicht die Rede. Für sie und ihr Schicksal fühlte sich das „Hilfswerk der Evangelischen Kirche“ nicht zuständig.

Aber so wie Gesellschaften, Kirchen, politische Entscheidungsträger*innen, Menschen in Institutionen – wir alle – dazulernen, zu historischer Verantwortung stehen und Positionen korrigieren können, haben auch die Evangelische Kirche in Deutschland und ihr Diakonisches Werk im Lauf der zurückliegenden acht Jahrzehnte ihren menschenrechtlichen Auftrag in aller Konsequenz angenommen. Sie verteidigen heute, wie zuletzt im November in Würzburg auf der 5. Tagung der 13. Synode der EKD eindringlich untermauert – trotz heftigstem Gegenwind und Anfeindungen – den Erhalt des Asylrechts und der Verpflichtung zum Schutz bedrohter Menschen auf der Flucht.

Jürgen Schübelin leitete bis zu seinem Ruhestand das Referat Lateinamerika und Karibik der Kindernothilfe. Insbesondere das Thema Kinder auf der Flucht begleitet ihn weiterhin. Darüber spricht er auch im EMW-Podcast „Zeit für Mission“.



Eine Ermutigung, den Glauben zu leben



Hartmut Rosa
Demokratie braucht Religion
 Kösel Verlag
 80 Seiten
 ISBN 978-3-466-37303-1

Den Spitzensatz von Gregor Gysi aus dem Vorwort gleich vorneweg: „Und es sind eben zur Zeit nur die Religionen wirklich in der Lage, grundlegende Moral- und Wertvorstellungen allgemeinverbindlich in der Gesellschaft prägen zu können.“ Die Linke kann es nicht, die Konservativen können es nicht, der „Markt“ schon gar nicht. Gysi fordert uns auf, die Rolle, die Aufgabe – vielleicht sogar den Auftrag der Religion – anzunehmen und dafür einzustehen.

Hartmut Rosa entwickelt dann in seinem Text seine bekannte Resonanztheorie nicht neu, dieser Text ist ein Vortrag von 2022, sondern er spitzt sie zu auf die Frage nach der Relevanz von Religion in der Gesellschaft. In der Corona-Zeit wurde sichtbar, was Viele schon wussten: Kirche und Religion sind nicht (mehr) systemrelevant. Ihnen wird offensichtlich nicht zugetraut, was Gysi fordert, nämlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu begründen und zu entwickeln.

Gysi und Rosa rufen nach Werten, einem Gegenmodell zu schneller, höher, weiter. Rosa erklärt uns die Trinität mit ihrer Perichorese als Resonanzbeziehung, verbindet einen gesellschaftlichen Auftrag (horizontal) mit einer Transzendenzerfahrung (vertikal) und beschreibt damit aufs Schönste ein Kreuz.

Nachdem sich die Lebenswissenschaften/life sciences zu den neuen Leitwissenschaften etabliert haben, wird die Leerstelle deutlich, die Naturwissenschaften nicht füllen können: Werte, Ethik, gesellschaftlicher Auftrag aus einer Transzendenzerfahrung oder einem religiösen Auftrag heraus. Lest dieses kleine Buch! Soll es uns doch eine Ermutigung sein, mutig und fröhlich unseren Glauben zu leben und gesellschaftlich einzubringen. Dann sind wir authentisch, dann werden wir gebraucht und möglicherweise werden wir sogar wieder relevant.

Silja Joneleit-Oesch

Für Gerechtigkeit und Chancengleichheit



Hadija Haruna-Oelker
Die Schönheit der Differenz
 btb Verlag
 560 Seiten
 ISBN 978-3-442-75946-0

In ihrem Buch verknüpft Hadija Haruna-Oelker, die Teil des Journalist*innenverbandes Neue Deutsche Medienmacher*innen (NDM) und der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) ist, ihre persönliche Geschichte mit gesellschaftlichen Diskursen.

Sie erzählt von ihren Erlebnissen als Schwarze Frau in Deutschland und beleuchtet dabei Fragen, die uns alle angehen – universelle Fragen, wie die Auswirkungen von Normen und Privilegien auf das eigene Leben. Auf beinahe beiläufige Art verweist sie auf Studien und Forschungsergebnisse, die ihre Erfahrungen unterstützen. Haruna-Oelker plädiert für eine Zukunft, die weniger Integration und mehr „radikale Diversität“ fordert – eine Gesellschaft, in der alle Menschen ihre Unterschiede frei leben können. Der Weg zu einem neuen Gemeinschaftsgefühl führt über das eigene Ich, das Haruna-Oelker hier schonungslos offenlegt. Sie berichtet von

ihren eigenen Diskriminierungserfahrungen, aber auch von den Learnings und Momenten, in denen sie selbst diskriminierend gehandelt hat, und schafft damit Raum für Reflexion über eigene Privilegien. „Die Schönheit der Differenz“ ist eine Einladung, sich mit den eigenen und fremden Erfahrungen auseinanderzusetzen.

Es ist ein großer Themenfächer, an dem Haruna-Oelker sich bedient. Auf den ersten Blick wirkt diese Vielfalt erschlagend, beim Lesen ergeben sich jedoch immer mehr Verknüpfungspunkte und ein buntes Bild formt sich. Es ist trotz der vielen persönlichen Einblicke nicht einseitig, sondern beweist gerade dadurch die Universalität von Diskriminierungserfahrungen und die Notwendigkeit für Veränderung. Haruna-Oelker fordert uns auf, unsere Realität aktiv zu gestalten – mit Offenheit, Neugier und Respekt für die Schönheit unserer Differenzen.

Katrin Lüdeke



Das Familienporträt wurde zwischen 1872 und 1873 aufgenommen. Es zeigt von links nach rechts: Eine unbekannte Frau, vermutlich eine Cousine von Johannes Zimmermann, Johannes Zimmermann, Catherine Zimmermann-Mulgrave sowie deren Kinder Gottfried, Johannes, Johanna, Augusta Amalia Dorothea und Gottlieb Christoph.

Die Geschichte hinter der Geschichte

Die Aufnahme aus dem Archiv von Mission 21 zeigt ein für die Zeit unübliches binationales Ehepaar und dessen Familienmitglieder. Hinter dem Bild verbirgt sich eine Geschichte, die exemplarisch für die historische Entwicklung von Missionen steht.

Diese Aufnahme der Familie Zimmermann-Mulgrave ist eine der am meisten verwendeten Fotografien aus der Sammlung der Basler Mission. Sie dient meistens zur Illustration der Lebensgeschichte von Catherine Mulgrave (dritte von links im Bild, dahinter ihr Ehemann, der deutsche Missionar Johannes Zimmermann). Unter dem Rufnamen Gewe im Jahr 1827 im heutigen Angola geboren, wurde sie als Sechsjährige durch Sklavenhändler nach Jamaika verschleppt. Dort wurde sie vom britischen Gouverneur Mulgrave und dessen Frau Catherine adoptiert und arbeitete später als Lehrerin an einer Schule der Herrnhuter Brüdergemeine. 1842 war sie Mitglied einer Gruppe von 24 Personen aus Antigua und

Jamaika, die von der Basler Mission angeworben worden waren, um das Missionsunternehmen an der Goldküste Afrikas zu unterstützen. Die Todesrate der europäischen Missionar*innen war wegen des Klimas und der tropischen Krankheiten sehr hoch. Die Basler Mission hoffte, die Menschen aus der Karibik seien für die Bedingungen in Afrika besser geeignet.

Die aus „Westindien“ Angereisten sollten der lokalen Bevölkerung in Afrika zudem beweisen, dass es auch Schwarze Christ*innen auf der Welt gab. Sie spielten deshalb eine Schlüsselrolle bei der Arbeit der Basler Mission an der Goldküste. Im Gegensatz zu den Basler Missionar*innen, die am Ende ihres Dienstes in ihre Heimat zurückkehrten – wenn sie nicht vorher an einer Krankheit gestorben waren –,

integrierten sich die allermeisten aus Westindien über Generationen hinweg in die Gemeinschaft vor Ort. Ihre Nachkommenschaft gehörte später zu den Gründungsmitgliedern der Presbyterianischen Kirche von Ghana.

Die Geschichte der „Afro-West-Indians“ geht weit über Catherine Mulgrave und die Basler Mission hinaus. Andere europäische Missionsgesellschaften rekrutierten beinahe zeitgleich und aus ähnlichen Motiven ebenfalls Personal von den Westindischen Inseln für ihre Arbeit in Afrika.

Es lohnt sich daher, sich auch die Rolle der Nicht-Europäer*innen ins Bewusstsein zu rufen. Und sich immer wieder zu vergegenwärtigen, dass die Basler Mission und andere Missionsgesellschaften in weltweite und auch koloniale Strukturen und Entwicklungen eingebettet waren.

Patrick Moser

Forschungsarchiv in Basel

200 Jahre Geschichte

Das historische Forschungsarchiv von Mission 21 dokumentiert mehr als 200 Jahre Missions- und Weltgeschichte. Menschen aus der ganzen Welt nutzen jedes Jahr unsere Bestände für ihre vielfältigen Forschungsfragen. Helfen Sie mit Ihrem Förderbeitrag, das Kulturgut dieses einzigartigen Archivs für die Nachwelt zu bewahren www.mission-21.org/forschungsarchiv



Ratatouille-Kartoffel-Tortilla

Für die Tortilla

- 1 kg festkochende Kartoffeln
- Salz • 80 g Fenchel • 100 g Zwiebel
- 1 Ei • 1 EL Mais- oder Kartoffelstärke
- 1 TL fein geschnittene Kräuter der Provence (nach Belieben Lavendel, Thymian, Salbei, Bohnenkraut)
- frisch gemahlener schwarzer Pfeffer
- Cayennepfeffer zum Abschmecken
- etwas Olivenöl zum Beträufeln

Für den Belag

- 200 g Aubergine • 200 g Zucchini
- 1 EL Rohrzucker • 1 EL grobes Meersalz
- 50 ml Olivenöl • Saft von ½ Bio-Zitrone
- 3 EL Pflanzenöl zum Braten
- 200 g Fleischtomaten (z. B. Ochsenherz)
- 100 g Oliventapenade (siehe Rezept)
- 100 g Ziegenfrischkäse
- 100 g saure Sahne

Zum Garnieren

- Fenchelgrün • Oliven
- provenzalische Kräuter und Wildkräuter-Blüten nach Wahl

Für die Oliventapenade

- 2 mittelgroße Zwiebeln • 100 ml Olivenöl
- 1 kleine Knoblauchzehe • 2 Sardellenfilets
- 50 ml Apfelsaft • 25 ml Gemüsefond
- 25 ml alter Balsamicoessig
- 250 g schwarze Oliven (z. B. Kalamata)
- 5 g Meersalz • 10 g Zuckerrübensaft
- ½ TL frisch gemahlener schwarzer Pfeffer
- 1 Zweig frischer Thymian

Zubereitung: Zwiebeln schälen, würfeln, bei mittlerer Hitze hellbraun anschwitzen. Knoblauch und wahlweise auch Sardellen mit anschwitzen, mit Apfelsaft ablöschen. Die restlichen Zutaten zufügen und zu einer feinstückigen, nicht öligen Paste pürieren.

Tipp: Die Tapenade lässt sich im Kühlschrank bis zu einem Jahr aufbewahren.



Gemüse
steht im
Fokus

Zubereitung:

Tortilla: Kartoffeln schälen und in Salzwasser gar kochen. Ausdampfen und abkühlen lassen, dann mit einer groben Reibe reiben. Fenchel und Zwiebel auch hineinreiben, mit der Kartoffelmasse vermengen. Das Fenchelgrün für die Dekoration aufheben. Ei und Stärke zur Bindung einarbeiten. Fein geschnittene Kräuter unterheben. Die Masse mit Salz und Pfeffer abschmecken.

Belag: Aubergine und Zucchini in feine Scheiben schneiden, auslegen und 10 Minuten mit Zucker und Salz marinieren. Mit Olivenöl und Zitronensaft abschmecken. Den Backofen auf 190 °C (Umluft) vorheizen. 4–6 kleine Pfännchen oder eine große Pfanne (am besten aus Eisen) auf der Herdplatte erhitzen, Bratöl hineingeben.

Die Kartoffel-Fenchel-Masse einfüllen, leicht andrücken, mit Olivenöl beträufeln, dann im Ofen jeweils 6–8 Minuten auf der mittleren Schiene backen, bis die Tortillas goldbraun sind. Die Pfännchen herausnehmen. Tomatenscheiben auf die Tortilla legen und mit Oliventapenade dünn bestreichen, dann alle Gemüse abwechselnd und fächerartig kreisförmig auflegen. Die Tartes nochmals auf der mittleren Schiene etwa 5 Minuten backen. Ziegenkäse und saure Sahne miteinander verrühren. Die Tartes herausnehmen, mit der Käsecreme toppen. Mit Olivenöl beträufeln.

Nach Belieben mit Fenchelgrün, Oliven, provenzalischen Kräutern und Wildkräuter-Blüten dekorieren.

Matthias Gfrörer

Gemüse gut, alles gut

Gemüse ist wieder voll im Trend, denn es ist gesund und gut für die Umwelt, vor allem wenn es aus der Region kommt und saisonal zubereitet wird. Der mit einem Michelin-Nachhaltigkeitsstern ausgezeichnete Hamburger Koch und Gastronom Matthias Gfrörer stellt in seinem neuen Kochbuch seine Lieblingsgemüse vor. Gemüse ist in diesem Buch der Hauptdarsteller, Fleisch oder Fisch sind hier nur mögliche Beilagen – das Buch richtet sich an Flexitarier, die gern und nachhaltig kochen und es nicht zu kompliziert mögen.

Matthias Gfrörer, Gemüse gut, alles gut,
Südwest Verlag, 224 Seiten, ISBN 978-3-517-10133-0



1x zu gewinnen
siehe Rätsel

RÄTSEL

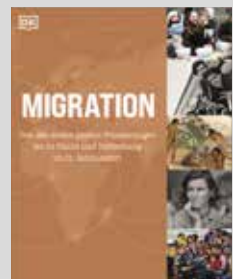
ZU GEWINNEN

In welchem Bundesstaat in Mexiko züchtet Emiliano Villavicencio Hühner?									
									Welches indigene Volk nutzte auch Pflanzkohle, um Böden fruchtbar zu machen?
Name einer der Protagonist*innen in den ELM-Filmen über Flucht									
In welchem Land liegt Beni?									
Sant' Egidio organisiert Humanitäre ...									
Wo liegt das Kakuma Refugee Camp?									
United4 ... unterstützt die zivile Seenotrettung im Mittelmeer.									
Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen									
									Wichtige Vereinbarung zum Flüchtlingsschutz: Genfer ...

Bitte das Lösungswort (farbige Felder senkrecht) bis zum 30.04.2025 (Datum des Poststempels) einsenden an: **Redaktion EineWelt, Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg, raetsel@mission-weltweit.de**. Die Lösung aus Heft 4/2024 lautete DEKOLONIAL. Die Gewinner*innen wurden benachrichtigt. EMW-Mitarbeitende sind von der Teilnahme ausgeschlossen. Das Los entscheidet, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Einsendungen sowie Angaben zu Namen und Anschriften werden nur für die Verlosung genutzt und danach gelöscht.



siehe Seite 20



siehe Seite 20



siehe Seite 40

IM NÄCHSTEN HEFT



Mina Strehl/Unepflash

Gemeinde in Vielfalt

Menschen aus verschiedenen Kulturen und Religionen bringen neue Sprachen, Musik und Traditionen mit. Wie können Gemeinden einladend sein und Begegnung ermöglichen? Wie werden sie zu Orten der Gastfreundschaft, des Austausches und vor allem des Ankommens und Miteinanders? Und wie gelingt der Dialog mit anderen Religionsgemeinschaften? Für Kirchen in anderen Ländern dieser Welt ist multikulturelles und interreligiöses Zusammenleben seit Jahr und Tag Routine. In Ausgabe 2/2025 fragen wir, was Gemeinden in Deutschland von ihnen lernen können.

Medienangebote von Mission EineWelt

(Versand zuzüglich Versandkosten)



Exemplare
Gemeinsam unterwegs
 Länderheft für Tansania
 kostenlos

Weitere Angebote finden Sie auf:

www.mission-einewelt.de

Mission EineWelt
 Medienversand
 Postfach 68 · 91561 Neuendettelsau

Telefon: 09874 9-1031
 medien@mission-einewelt.de
www.mission-einewelt.de

Bestellkarte zum Weitergeben

Kennen Sie schon die vielen Vorteile der Zeitschrift EineWelt?

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> ausführliche Hintergrundinformationen | <input type="checkbox"/> Ja , ich will gerne noch mehr über Mission und weltweite Ökumene erfahren. Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeheft von EineWelt zu. |
| <input type="checkbox"/> bewegende Reportagen aus aller Welt | |
| <input type="checkbox"/> Interviews und Meinungen | |
| <input type="checkbox"/> 4 x im Jahr für nur 18,- Euro | |

Gerne können Sie auch jetzt abonnieren!

- Ja**, ich will die vielen Vorteile eines **Abonnements** nutzen und **EineWelt** zum Jahrespreis von 18 Euro.

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn es nicht mit einer Frist von sechs Wochen vor Ablauf des Bezugsjahres gekündigt wird. Widerrufsgarantie: Sie können die Abo-Bestellung innerhalb von zwei Wochen schriftlich widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung an folgende Adresse: Mission EineWelt, Abo-Service, PF 68, 91561 Neuendettelsau

 Vorname, Name

 Straße, Hausnummer

 PLZ, Ort

 Datum, Unterschrift



Gleich bestellen!

Suche nach Zukunft

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

Mission EineWelt

IBAN
 DE12520604100001011111

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEF1EK1



Mission EineWelt

Weil es uns bewegt!

Bitte geben Sie für eine Spendenbestätigung Ihren Namen und Ihre Adresse an!

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

1410189

ggf. Stichwort

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN
 D E _____ 06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE

Beleg/Quittung für den Auftraggeber

IBAN des Auftraggebers	
Empfänger	
IBAN	bei (Kreditinstitut)
Verwendungszweck	EUR
1410189 Spende	
Auftraggeber/Einzahler (genaue Anschrift)	



Mission EineWelt
Medienversand
Postfach 68 · 91561 Neuendettelsau

Telefon: 09874 9-1031
medien@mission-einewelt.de
www.mission-einewelt.de

Absender

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Geburtsdatum

Beruf

Bitte
ausreichend
frankieren

Deutsche Post 
ANTWORT

Mission EineWelt
Alexandra Nießlein
Postfach 68
91561 Neuendettelsau



Mission EineWelt
Medienversand
Postfach 68 · 91561 Neuendettelsau

Telefon: 09874 9-1031
medien@mission-einewelt.de
www.mission-einewelt.de

Bitte
ausreichend
frankieren

Deutsche Post 
ANTWORT

Mission EineWelt
Alexandra Nießlein
Postfach 68
91561 Neuendettelsau

Zur Vorlage beim Finanzamt

Bestätigung über Zuwendung an Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Der Spendenbetrag ist bei der Lohn- und Einkommensteuer abzugsfähig.

Er wird vom Centrum Mission EineWelt zur Förderung der Mission verwendet.

Hinweis:

Dieser Beleg gilt bis 200,- Euro zusammen mit Ihrem Kontoauszug oder einer Buchungsbestätigung Ihrer Bank als Zuwendungsbestätigung.

Für Spenden über 200,- Euro erhalten Sie von uns eine Zuwendungsbestätigung.



Postfach 68
91561 Neuendettelsau



Flexibel helfen, wo es am dringendsten ist

Um flexibel auf die Herausforderungen von Partnerkirchen reagieren zu können, ist Mission EineWelt auf ungebundene Spenden angewiesen. So kann Soforthilfe genau dort geleistet werden, wo sie am meisten gebraucht wird, und auch neue oder weniger bekannte Projekte erhalten die notwendige Unterstützung. Diese Mittel ermöglichen schnelle Hilfe und stärken langfristig das Wirken unserer Partnerkirchen.

Vertrauen, das Zukunft schafft

Wir verwalten Ihre Spende sorgsam und setzen sie vollumfänglich für die Unterstützung unserer Partnerkirchen ein. Leider wird die allgemeine Arbeit unseres Centrums oft übersehen – doch gerade hier werden Gelder dringend gebraucht, um bewährte Projekte fortzuführen und neue, wichtige Initiativen zu entwickeln.

Unsere Spender*innen wissen: Ihre Gaben kommen dort an, wo sie eine echte Wirkung entfalten – ob in Afrika, Asien oder Lateinamerika. Helfen auch Sie und gestalten Sie mit uns eine Welt voller Hoffnung und Chancen.